

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 6, September 2018 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPU** Graz - Gemeinderatsklub

Altstadt-Lieferverkehr Graz geht neue Wege

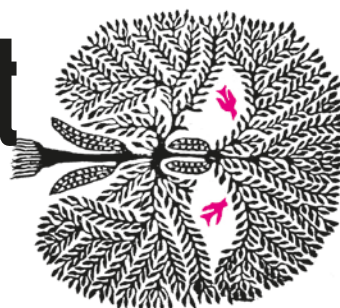
Seite 2-3

*„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“
Am 10. September beginnt der Schulalltag.
Wir wünschen allen großen und kleinen
Schulkindern einen guten Start ins neue
Schuljahr!*



volks²⁰¹⁸hausfest

Samstag, 8 September
Lagergasse 98a, 8020



DISKUSSION
Krankes Gesundheitswesen
Di. 11.9., Volkshaus Graz

ZITIERT

„Die öffentlich ausgeteilte Watschn ist heftig und blamabel für die steirischen Provinzakteure - aber verdient und nachvollziehbar.“

Michael Smejkal zum Aus für die Grazer Olympiabewerbung. Salzburger Nachrichten, 7. Juli 2018

„Der Aufschrei über die Olympia-Absage (war) kaum über das Grazer Rathaus hinaus zu hören.“ Josef Fröhlich. Kleine Zeitung, 8. Juli 2018



„Bei uns gibt es keine linke Partei, das ist das einzige Problem. Wie herrlich wäre eine kommunistische Partei, die nur dafür steht, dass es den Menschen gut geht. Damit ich nicht Rot wählen muss, wähle ich kommunistisch. Sie bräuchten ja nicht viel Macht. Sie müssen nur da sein.“ Erwin Steinhauer, Schauspieler und Kabarettist in NEWS, 31. Juli 2018

„Man kann sagen, die FPÖ ist genau das, was die Parteileitung seit Ewigkeiten an SPÖ und ÖVP kritisiert: eine System- und Funktionärspartei klassischen Zuschnitts.“ Maria Nakovits, Ex-FP-Gemeinderätin, Neusiedl am See. OE24, 7. August 2018

„Die Pläne dieser Regierung bekommen nicht nur die Flüchtlinge zu spüren, sondern bald auch ärmere Österreicher.“ Wolfgang Ambros, Süddeutsche Zeitung, 6. August 2018

„Man kann nicht am System sparen, ohne bei den Menschen zu kürzen, egal, wie sehr die PR-Maschinerie der Regierung dies auch beteuern mag.“ AK Präsident Erwin Zangerl, APA, 17. August 2018

Täglich 750 Lieferfahrzeuge

Citylogistik soll Zustellverkehr verringern

Rund 750 Lieferfahrzeuge, viele davon große Lkw, sind pro Tag während der Ladetätigkeitszeit in Grazer Fußgängerzonen unterwegs, um oft nur kleine Mengen an Gütern Kunden einzeln zuzustellen. Mit dem Projekt GrazLog soll nun eine moderne Citylogistik eingeführt werden und somit den Verkehr beruhigen.

Der städtische Lieferverkehr macht bis zu 14 Prozent der gefahrenen Kilometer und 37 Prozent der Verkehrsaktivitäten aus und ist mit 28 Prozent der

Tür-zu-Tür-Transportkosten nicht billig. Die Nachteile sind offensichtlich: über einen großen Zeitraum ist die Fußgängerzone eine Verkehrszone, Pflasterungen werden beschädigt und die Aufenthaltsqualität leidet.

GrazLog startet

GrazLog startet im September und dauert voraussichtlich bis Herbst 2022. Es bildet die Umsetzung von EU-Projekten, in denen die Möglichkeiten einer modernen Citylogistik ausgelotet wurden. Dreh- und Angelpunkt ist dabei ein sogenannter „City Hub“, in dem Warenströme gebündelt und für die Feinvertei-



lung mit E-Fahrzeugen und Lastenrädern auf der „letzten Meile“ koordiniert werden. Zusätzlich sollen in diesem zentrumsnahen

Bitte um Rücksicht

Stadträtin Elke Kahr und die SKPÖ Graz starteten mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit in der Fußgängerzone Schmiedgasse die Aktion „Bitte um Rücksicht“. Das ist eine Initiative zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Fußgängerzone Schmiedgasse.

Einerseits werden bei der

Aktion Radfahrer mit einer Geschwindigkeitsmessung auf ihre Fahrtgeschwindigkeit aufmerksam gemacht, denn in der Fußgängerzone ist nicht mehr als Schrittgeschwindigkeit erlaubt. Andererseits soll an ein rücksichtsvolles und zuvorkommendes Verkehrsverhalten appelliert werden.

Elke Kahr: „Als kleines Dankeschön für alle, die sich für das Rad entscheiden und insbesondere diejenigen, die sich rücksichtsvoll und zuvorkommend im Straßenverkehr verhalten, gibt es als Aufmerksamkeit einen Sattelschoner. Sicherer Verkehr basiert auf einem respektvollen zwischenmenschlichen Umgang.“



Stadträtin Elke Kahr (KPÖ): „In der Fußgängerzone sind Radfahrer gerne gesehen, aber als Gast.“



Wir lassen Sie nicht im Regen stehen.

Diesen Sattelschoner können Sie gerne bei der KPÖ Graz Tel. 0316 / 71 24 79 oder im Rathaus im Büro von Stadträtin Elke Kahr abholen.

je in der FuZo



Foto: Heike Jantschner

Der starke Lieferverkehr soll durch das Projekt CityLog verringert werden.

neutralen Verteilzentrum Paketboxen angeboten werden.

Der Gemeinderat hat das österreichweit beispielgebende und durch die Abteilung für Verkehrsplanung gemeinsam mit dem EU-Referat der Stadtbauverwaltung sowie dem Citymanagement und der TU Graz erstellte Konzept einstimmig befürwortet. Als erster Schritt soll ein Betreibermodell gefunden werden.

Die Gesamtkosten für die Installation des umweltfreundlichen Verteilungssystems betra-

gen bis zum Jahr 2022 insgesamt 660.000 Euro, ein Fünftel davon steuert der Bund bei.

„Dieses Projekt verwirklicht Ideen zur Verbesserung der städtischen Güterlogistik. Es erprobt mit der Einrichtung eines City-Terminals die Alltagstauglichkeit einer Feinverteilung von Gütern in der Innenstadt. Ich hoffe, dass dieses Beispiel Schule macht und Transporteure und Unternehmer überzeugt“, erklärte Stadträtin Elke Kahr anlässlich des Projektstarts.

Forum Stadtpark: Kaffee statt Kultur?

Elke Kahr befürchtet eine Einschränkung des Kulturbetriebs im Forum Stadtpark.

1959 haben Grazer Künstler das Forum Stadtpark vor dem Abbruch gerettet. Seither ist das Forum Stadtpark ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt des Grazer Kulturlebens. Auf drei Geschossen findet intensivster Kulturbetrieb und kreativer Austausch statt. 150 bis 190 Veranstaltungen – Ausstellungen, Diskussionen, Konzerte – mit 20.000 bis 22.000 Besuchern verzeichnet das Forum Stadtpark pro Jahr.

Die Absicht, im Forum Stadtpark ein Kaffeehaus einzurichten, macht Stadträtin Elke Kahr Sorgen. „Ein Kaffeehausbetrieb würde das Forum Stadtpark

stark beeinträchtigen“. Sie sieht hinter den kolportierten Plänen das Bestreben einiger politischer Kräfte, kritische Künstler zurückzudrängen. Auch der öffentliche Raum ohne Konsumzwang würde weiter eingeschränkt. „Vordergründig wird davon geredet, ein schickes Angebot für die Grazerinnen und Grazer zu schaffen.

Es ist zu befürchten, dass man den Kulturbetrieb, der einigen Politikern in unserer Stadt unbequem ist, in seiner jetzigen Form einschränken will“, so die Stadträtin. „Außerdem gibt es in Stadtparknähe bereits viele schöne Kaffeehäuser.“

MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

Das soziale Gesicht wahren

Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!

Die Menschen in Graz wissen, dass wir keine Neinsager sind. Im Gegenteil: Wir springen da ein, wo die herrschenden Parteien Nein sagen: Nämlich bei der Hilfe für die Leute, die große Probleme haben. Und wir legen darüber Rechenschaft ab. Das ist keine Kleinigkeit.

ÖVP und FP streichen viele Sozialleistungen. Da muss es jemanden geben, der die Menschen nicht allein lässt. Wir sind in unserer Stadt für Verkehr, Gesundheit und Pflege zuständig. Hier leisten wir positive Arbeit und bringen etwas weiter, obwohl das nicht immer einfach ist. Verantwortung ist für uns nämlich kein Fremdwort.

Zu einigen Vorhaben haben wir aber deutlich Nein gesagt: Zu den Olympiaplänen des Bürgermeisters, zur Murgondel, zur Augartenverkleinerung, zu Tarif- und Gebührenerhöhungen oder zu Privatisierungen. Oder, wenn es darum geht, Einschnitte bei Sozialleistungen vorzunehmen. Dabei unterstützen uns sehr viele Grazerinnen und Grazer. Wir haben nämlich ein positives Konzept. Unsere Stadt darf kein Gabentisch für Spekulanten werden. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Stadt auch weiter ihr soziales Gesicht wahr!

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Sie erreichen mich im Rathaus:

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, aber MIT BISS



Die Staatsanwaltschaft untersucht jetzt die Landesregierung wegen Untreue: Sie hat 800.000 Euro für eine Luftschau ausgegeben, auf englisch: Airpower.

AUS DEM INHALT

Schauplatz Wohnungsnot	4
Augartenbucht	5
Olympiabewerbungs-Absage ...	6
Grazer Brücken.....	7
Tempo 30 Überwachung	8
Gesundheit und Pflege.....	10-11
Neuer Sozialratgeber	12
Lokalberichte.....	13-16
Aus dem Landtag	18/19
EU-Nationalismus	20
Schuhmacher	21
Impressum, Termine	23-25
Leserbriefe.....	26
Tierecke, Rätsel.....	27

Schauplatz Wohnungsnot

Miete, Kautions, Provision – eine Wohnung kostet schon viel Geld, bevor man überhaupt einziehen kann. Immer mehr Menschen können sich eine normale Wohnung nicht mehr leisten. Viele landen deswegen als Dauermieter in billigen Pensionen, die oft regelrechte Absteigen sind.

Die ORF-Sendung „Am Schauplatz“ vom 23. August zeigte auf, wohin die Preistreiberei bei Wohnungen führt.



§§ RECHT GEFRAGT §§



Kautionen und Lebensdauer

Mag. Alfred Strutzenberger, Mietrechtsspezialist
im Büro von Stadträtin Elke Kahr

Viele kennen die Situation: Man zieht aus der Wohnung aus, der Vermieter behauptet Schäden und möchte zumindest Teile der Kautions zurückbehalten.

Der Mieter verweist auf normale Abnutzung. Inzwischen gibt es eine Reihe von Gerichtsurteilen, an denen sich Mieterinnen und Mieter in solchen Fällen orientieren können. Verkehrsüblich, und daher vom Vermieter zu akzeptieren sind zB.: Wandfarben in Pastelltönen, Grün oder Ocker, Dübellöcher in „normaler“ Zahl, auch solche im Badezimmer, wenn sie durch das Anbringen von Spiegelschränken oder Handtuchhaltern verursacht wurden, ein Kratzer in der Badewanne, alte Fliesenverfugungen etc.

Ablauf der Lebensdauer

Was aber – zu Lasten des Mieters – oft unberücksichtigt bleibt, ist die Tatsache, dass Dinge nur eine bestimmte Lebensdauer haben und danach wertlos sind. So muss ein Waschbecken, das älter als 30 Jahre ist, auch dann nicht ersetzt werden, wenn der Mieter einen Riss oder eine Abspaltung verursacht hat. Zieht der Mieter zB. nach 10 Jahren aus, muss er nur zwei Drittel der Kosten eines neuen Waschbeckens bezahlen! Laminatböden, aber auch Tapeten haben je nach Qualität eine Lebensdauer von zehn bis 25 Jahren, sind sie älter, darf der Vermieter auch bei Beschädigung keinen Ersatz verlangen. Bei Parkettböden geht man davon aus, dass sie alle 20 Jahre zweimal abgeschliffen werden müssen. Ist nach einer Mietdauer von 20 Jahren zB. ein dreimaliges Schleifen

nötig, muss der Mieter nur ein Drittel der Kosten übernehmen. Wandmalereien sind nach zehn Jahren wertlos, müssen also auch bei grober Verschmutzung nicht erneuert werden, bei normaler Abnutzung sowieso nicht. Türen haben eine Lebensdauer von 25 bis 30 Jahren, bei Küchengeräten wird es je nach Qualität ähnlich sein.

Sollten Sie, liebe Leserinnen und Leser, Ihre Betriebskostenabrechnung überprüfen lassen wollen oder einfach nur Fragen dazu haben, stehen Ihnen Stadträtin Elke Kahr und ihr Team (Rathaus, Tel. 0316/872-2064) sowie die städtische Wohnungsinformationsstelle am Schillerplatz 4, Tel. 0316/872-5450, gerne zur Verfügung.

Die Mieten steigen, weil die Spekulation den Wohnungsmarkt beherrscht und mit Wohnraum viel Geld verdient werden kann. Auf eine Wohnung kann man nicht verzichten.

Die KPÖ fordert ein neues Mietrecht: Befristungen sollen abgeschafft und Mietzinsobergrenzen eingeführt werden.

Mieter und Wohnungssuchende müssen entlastet werden! Maklerprovisionen sollen künftig vom Vermieter bezahlt werden.

Stadträtin Elke Kahr: „Es ist fünf Minuten nach zwölf. Wenn wir nicht endlich Mietobergrenzen einführen und den Mieterschutz wieder ausweiten, anstatt ihn zurückzudrängen, werden wir besonders in den Ballungsräumen bald Probleme haben, die wir uns lieber nicht wünschen sollten. Die schwarzblaue Regierung soll endlich für die Menschen und nicht für Banken und Konzerne arbeiten!“

Die KPÖ wird sich bemühen, dass der Wohnbau nicht Anlage- und Spekulationsobjekt ist. Es geht darum, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben, das sie sich leisten können.



MITMACHEN

Unterschreiben auch Sie!

Die parlamentarische Initiative der KPÖ „Wohnen darf nicht arm machen!“ kann auf der Webseite des Parlaments noch unterstützt werden.

Wer bisher nicht unterschrieben hat, kann in den kommenden Wochen online unterschreiben. Unter: www.parlament.gv.at – Beteiligung der Bürgerinnen – 46/BI (XXVI.GP) – „Wohnen darf nicht arm machen“.

tinyurl.com/wohnpetition

Mieter-Notruf

Elke Kahr. **KPÖ**

Tel. **0316 71 71 08**

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.

Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)

Murhafen im Augarten?

Unmut und Protest

Im allseits beliebten Augarten wird nach den Beschlüssen der Stadtregierung eine Bucht mit Murhafen errichtet.

Der gut funktionierende und sehr beliebte Augarten soll um 10 Prozent verkleinert werden. Denn die Stadtregierung will Teile des Parks künftig kommerziellen Zwecken widmen. Eine Murbucht eigens für Tourismusboote ist vorgesehen, beim Ufer soll ein weiterer Gastronomiebetrieb entstehen.

Bagger schon im September

Dass diesen Plänen der Spielplatz in seiner jetzigen Form zum Opfer fällt, ist für ÖVP-Bürgermeister Nagl und FPÖ-Vize Eustacchio offenbar kein Hinderungsgrund. Bereits im September werden die Bagger auffahren und 13 bis 20 Großbäume entlang der Mur roden, den beliebten Spielhügel samt Hängebrücke abtragen, die Skater-Bahn abreißen und den Fußballplatz verkleinern.

Auch der Radweg neben der Mur wird künftig keinen Platz mehr haben. Er soll mitten durch den Park umgeleitet werden.

Viele Betroffene haben kein Verständnis dafür, dass man einen gut funktionierenden und sehr beliebten Park derart brutal umgraben und verkleinern will. Sie haben gefordert, dass die Nutzerinnen und Nutzer des Augartens bei der Entscheidung darüber, ob dieser Park verkleinert werden soll, eingebunden werden. Dazu haben sie sowohl über den Bezirksrat als auch über den Gemeinderat einen gültigen

Antrag auf Bürgerbeteiligung eingebracht. Doch die Verantwortlichen wollen davon nichts wissen. Nicht einmal der in den Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung vorgesehene Gesprächstermin mit dem Bürgermeister findet statt. „Aus dem Büro des Bürgermeisters habe ich auf meine Nachfrage hin die Antwort bekommen, dass der Bürgermeister gar nicht daran denkt, sich mit uns zu treffen“, ist KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Lubomir Surnev, der für den Bezirk Jakomini den Antrag auf Bürgerbeteiligung eingebracht hat, empört. Erst später, wenn die Parkfläche bereits beschnitten ist, ist eine Mini-Bürgerbeteiligung über die Gestaltung der verbliebenen Flächen vorgesehen. „Dann ist es aber schon zu spät“, so Surnev.

Grazer dürfen zahlen, aber nicht mitreden

Mitreden dürfen sie also nicht, zahlen für die Bürgermeister-Pläne der Kommerzialisierung dürfen die Grazerinnen und Grazer aber schon: Für die erste Ausbaustufe inklusive Tourismusbootplanung wurden im Budget bereits 6 Millionen Euro veranschlagt.

Großdemonstration

Noch ist der Augarten ein Park für alle. Er ist ein idealer Aufenthaltsort für Kinder, Jugendliche, Familien und Pensionisten. Die Parknutzer wollen, dass das so bleibt. Deshalb ist für den 15. September eine Großdemonstration gegen die Drüberfahrpolitik



Immer mehr Leute fordern, dass der Augarten in seiner jetzigen Form erhalten bleibt.

des Bürgermeisters und für den Erhalt des Augartens in seiner jetzigen Form geplant.

Die Demonstration unter dem Motto „HÄNDE WEG VOM AUGARTEN“ beginnt um 15 Uhr am Südtiroler Platz. KOMMEN AUCH SIE!

Mehr zum Thema: Kommentar von Bezirksrat Surnev Seite 14 und Leserbrief auf Seite 26

Das sind die Pläne für den Augarten

- 13 bis 20 Großbäume werden gefällt
- Um 10% wird die Fläche des Augartens verkleinert
- Verlegung des Radweges mitten durch den Park!
- Weiterer Gastronomiebetrieb beim Ufer
- Kostenplanung: ca. 6 Mio. Euro für die 1. Ausbaustufe inkl. Tourismusbootplanung
- Auflösung des bestehenden Kinderspielplatzes
- Abtragung der Skater-Bahn
- Verkleinerung des Fußballplatzes.

SAMSTAG, 15. SEPTEMBER 2018, 15.00 UHR
TREFFPUNKT: SÜDTIROLERPLATZ

**HÄNDE WEG
VOM
AUGARTEN
DEMO**

15.09.18

UNSER PARK SOLL SO BLEIBEN WIE ER IST.
KEINE BAUMSCHLÄGERUNGEN, KEINE BUCHT BZW. GRÜNFLÄCHEN-
VERKLEINERUNG UND KEINE RADWEGVERLEGUNG!

39.000 Euro am Tag

Mehr als 14 Millionen Euro – so viel verdiente der Chef der BAWAG, Anas Abuzaakouk, im Jahr 2017. Zu seinem Fixgehalt von 3,3 Millionen kassierte Abuzaakouk noch 10,75 Millionen Euro an Boni. Zum Vergleich: Für das Gehalt des Bankchefs muss ein Durchschnittsverdiener rund 425 Jahre arbeiten.

Neben solch exzessiven Gehältern haben die heimischen Banken 2017 insgesamt 6,6 Milliarden Euro Gewinn ausgewiesen, um 31,7 Prozent mehr als 2016.

Gescheiterte Projekte pflastern Nagls Weg

Glanz und Geltungssucht



Von der Murgondel bis zur Tiefgarage unter dem Eisernen Tor. Graz ist reich an Projekten die – nicht nur an ihrer Finanzierung – scheitern. Auch die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2026.

Kommentar von Dr. Klaus Zeyringer

Olympia: Was Graz erspart geblieben ist



Foto C. S. Fischer Verlag GmbH

Was wäre gewesen, wenn Olympia in Graz stattgefunden hätte? Die vor dem Sommer präsentierte Machbarkeitsstudie hätte Aufschluss darüber geben sollen. Doch sie liest sich in großen Teilen wie ein Bewerbungskonzept mit Slogans und nicht wie eine wissenschaftliche Arbeit. Die Annahmen, auf welchen die Studie beruht, sind recht problematisch:

- Es wurde mit Erlösen durch das IOC gerechnet, obwohl das IOC bisher derartige Erlöse noch nie an den Veranstalter abgeführt hat.
- Die veranschlagten Sicherheitskosten fielen mit 50 Millionen Euro äußerst gering aus.
- Die behauptete Wertschöpfung von 1,67 Milliarden Euro und Steuereinnahmen von 665 Millionen Euro werden nicht nachvollziehbar erklärt.
- Erforderliche Baumaßnahmen (Eishalle und Eröffnungstadien für 35.000 Besucher) sind nicht in der Studie eingepreist.

Hinzu kommt der Inhalt des Vertrages zwischen dem IOC und dem Veranstaltungsort, welchen die Stadt Graz unterschreiben hätte müssen. Das IOC ist ein Monopolist. Das spiegelt sich im Vertragswerk wider: Versammlungsverbot in den Austragungsorten; das nationale Arbeitsrecht gilt nicht für das IOC und seine Partner; darüber hinaus sind diese für vier Jahre vor und nach den Spielen von allen direkten und indirekten Steuern befreit. Das sind nur einige der problematischen Vertragsklauseln, die verfügen, dass wesentliche Rechte des Staates ausgehebelt werden. Sie betreffen Grenzkontrollen, Medien-, Arbeits-, Steuer- und Demonstrationsrecht.

Neben der großen Wahrscheinlichkeit, dass schon die Bewerbung Millionen verblasen hätte (Innsbruck hat mit 15 Millionen kalkuliert) wäre eine Unterzeichnung eines derartigen Vertrages ein demokratiepolitischer Skandal gewesen.

Dr. Klaus Zeyringer, geb. 1953 in Graz, war Universitätsprofessor für Germanistik in Frankreich und ist Literaturkritiker, Moderator und Autor. Im S. Fischer Verlag sind von ihm erschienen: „*Olympische Spiele. Eine Kulturgeschichte. Band I: Sommer*“ und „*Band II: Winter*“.



Über 11.000 Grazer unterschrieben für eine Volksabstimmung, die wegen des Rückziehers des ÖOC letztlich nicht notwendig war.

Es war eine rauschende Ski-Nacht im Jänner 2018 in Schladming: Marcel Hirscher siegte und unter den zahlreich anwesenden Politikern befanden sich auch die Bürgermeister von Schladming und Graz. Diese verkündeten, die Winterspiele 2026 austragen zu wollen. Eine Gesellschaft mit einem finanziell gut ausgestattetem Geschäftsführer war schnell gegründet, ein Bewerbungsschreiben verfasst und auch die Propagandamaschinerie startklar.

Doch nur fünf Monate später war alles anders, alles vorbei. Das Österreichische Olympische Komitee gab Anfang Juli bekannt, die Grazer Olympia-Bewerbung zurückzuziehen.

Die KPÖ hatte kurz davor bekannt gegeben, über 11.000 Unterschriften für eine Volks-

befragung in Graz gesammelt zu haben. Gleichzeitig stieg das Land Steiermark auf die Bremse: finanzielle Mittel für Olympia seien nicht vorgesehen und externe Experten sollten die Machbarkeitsstudie überprüfen, anschließend noch eine steiermarkweite Volksbefragung stattfinden.

Wir danken allen Grazerinnen und Grazern, die die Initiative für eine Volksbefragung unterstützt haben.



Aktuelle Baustellen in Graz:

Sie benötigen genaue Infos zu Grazer Baustellen?
Täglich aktualisierte Daten zu Baustellen finden
Sie unter: www.graz.at/baustellen

Nach dem Unglück von Genua

Wie sicher sind die 244 Brücken in Graz?

„In Graz wird alles getan, um ein Unglück wie den Brückeneinsturz von Genua auszuschließen“, so Stadträtin Elke Kahr (KPÖ). Sie verweist auf die strengen und gewissenhaften Kontrollen, die das Straßenamt durchführt.



Stadträtin Elke Kahr, DI Thomas Fischer (Leiter Straßenamt) und DI Burkhard Steurer (Leitung Spartenbereich Stadtraum) nehmen die Hauptbrücke in Augenschein.

läutert Steurer den Kontrollplan.

„Doch auch die beste Überprüfung kann nicht vor einer Katastrophe schützen“, lässt DI Thomas Fischer, Leiter des Straßenamtes, aufhorchen. Gemeint sind außergewöhnliche Ereignisse wie beispielsweise Naturkatastrophen. Im Fall, dass die Mur Hochwasser führt, gibt es von der

Feuerwehr Graz einen eigenen Maßnahmenkatalog. „Die Maßnahmen richten sich nach dem Pegelstand der Mur und können bis zu einer temporären Sperre der betroffenen Brücken führen, wie im Jahr 2012“, erklärt Fischer. Nach einem solchen Ereignis werden die Brücken einer zusätzlichen Überprüfung unterzogen.

244 Grazer Brücken

Gesamtfläche: 23.290 m²

11 Beton

33 Holz

14 Stahl

2 Stahl/Holz

7 Verbund

177 Stahlbeton

Die Kontrollen der Grazer Brücken werden zudem digitalisiert und die Brücken werden nach dem Grad ihres Zustandes gereiht. So ergibt sich eine Prioritätenliste zur Sanierung. „Jährlich investiert die Stadt Graz rund eine Million Euro zur Instandhaltung aller Brücken“, so Fischer.

„Ein solch schmerzliches Unglück wie in Genua zeigt, wie etwas Selbstverständliches mit einem Schlag ganz und gar nicht mehr als selbstverständlich wahrgenommen wird. Die Kontrolle, Instandhaltung und auch die Besitzverhältnisse von Infrastruktur sollen auch deshalb immer in öffentlicher Hand bleiben“, warnt Kahr auch in Hinblick auf die kommenden Budgetverhandlungen. „Nur ausreichende Mittel für Instandhaltung und Personal können die Sicherheit unserer Infrastruktur und damit der Grazer Bevölkerung garantieren.“

Busspur Keplerstraße gilt länger

LEND. Zeitlich ausgeweitet wird die Busspur in der Keplerstraße zwischen Marienplatz und Babenbergerstraße. Weil hier drei Buslinien immer dichter verkehren, gilt die Busspur künftig Montag bis Freitag durchgehend von 6.30 bis 19.00 Uhr.

Gehsteige und Zebras

GÖSTING, GEIDORF. In der Grafenbergstraße wird an der Südseite ein durchgängiger Gehsteig errichtet. Ein neuer Schutzweg kommt in der Exerzierplatzstraße zur Haltestelle „Zankstraße“, Verbesserungen werden am Schutzweg Fischergasse – Spar (Mittelinsel) sowie am Schutzweg Fischergasse – Rottalgasse vorgenommen.

Kreuzungsausbau mit Extra-Abbieger

PUNTIGAM. Die Kreuzung Puntigamer Straße – Puchstraße wird verbessert. Durch neue Rechtsabbiegespuren soll die Leistungsfähigkeit erhöht werden, die seit der Eröffnung des Südgürtels am Limit war. Der Gemeinderat hat auf Antrag der Abteilung für Verkehrsplanung den Anteil der Stadt für das Landesstraßen-Projekt in der Höhe von 530.000 Euro beschlossen. Der Umbau stellt einen Zwischenschritt dar: Die demnächst erfolgende Erstellung des Bebauungsplanes für die ehemalige Ackernwiese bringt mittel- bis längerfristig weitere, größere Änderungen mit sich.

Nachbarschaftliches Straßenfest



Foto: Martin Zettel

Am 30. Juni fand in der Afritschgasse auf Initiative von DI Martin Zettel vom Stadtplanungsamt ein Straßenfest statt (siehe Foto). Auf der verkehrsbefreiten Straße tummelten sich Jung und Alt und unterhielten sich bei Getränken und Spielen. Die Kinder nutzten die Gelegenheit für ungestörte Spritztouren mit ihren Dreirädern und Rädern. „Initiativen von Bewohnern unterstützen wir gerne. Sie sind eine gute Sache und bringen Leute in der Nachbarschaft zusammen“, sagt Stadträtin Elke Kahr. Sie informiert gerne, was man machen muss, um so ein Straßenfest zu organisieren.

Achtung! Tempo 30 wird stärker kontrolliert

Mehr Messgeräte, zusätzliches Personal

In Graz gilt flächendeckend Tempo 30 ausgenommen Vorrangstraßen. Das hat sich bewährt. D.h. drei Viertel des Grazer Straßennetzes sind verkehrsberuhigt, was zu mehr Sicherheit und mehr Lebensqualität geführt hat.

Dieses Modell muss jedoch gepflegt und die Einhaltung kontrolliert werden, weshalb nun die stadteigene Überwachung auch durch stationäre Messgeräte verstärkt wird.

Im Vorjahr gab es mehr als 141 Übertretungen pro Tag, insgesamt 51.672 – so viele Fahrzeuglenker wurden 2017 wegen Tempoüberschreitungen

in 30er-Straßen belangt.

Deshalb hat Stadträtin Elke Kahr gemeinsam mit dem Straßenamt den Ausbau der städtischen Geschwindigkeitsüberwachung angeregt. Dies wurde nun vom Gemeinderat beschlossen: Zum einen werden drei stationäre Messgeräte für sechs Standorte angeschafft. Zu den drei mobilen Einheiten kommt eine vierte und das Personal wird dementsprechend aufgestockt.

Die Aufrüstung kostet insgesamt 650.000 Euro. Hinzu kommen jährlich 114.000 Euro – vor allem für das zusätzliche



So sehen die neuen Laserstelen aus.

Foto: Stadt Graz

Wo die Fußgänger der Schuh drückt

Graz ist im Oktober Schauplatz der österreichischen Fußgängerkonferenz

Mit „Geh-Rallys“ wird im Bezirk Jakomini erhoben, wo die Fußgängerinnen und Fußgänger der Schuh drückt. Seit Frühjahr 2018 untersucht das SMZ Liebenau im Auftrag von Elke Kahr und der Abteilung für Verkehrsplanung der Stadt Graz

die Wünsche und Bedürfnisse der Fußgänger, um die Problembereiche einzugrenzen. Die Ergebnisse werden bei der Österreichischen Fußgängerkonferenz Anfang Oktober in Graz vorgestellt.

Weitere Infos <http://www.walk-space.at>



Foto: SMZ

Der Weg der Fußgänger auf Gehsteigen ist oft beschwerlich.

Personal, das für die mobilen Messungen eingesetzt und der Polizei zugewiesen wird. Denn abgewickelt werden die Messungen über die Polizei, bezahlt von der Stadt Graz.

Mobile Tempoanzeigen

Mobile Tempoanzeigen am Straßenrand weisen Verkehrsteilnehmer auf ihre Fahrgeschwindigkeit hin. Sie bekommen dafür, je nach Messergebnis, einen Smiley oder ein trauriges Gesicht angezeigt. Diese Tempoanzeigen machen zumindest aufmerksam und sind inzwischen – zusätzlich zur „scharfen“ Überwachung – in allen Bezirken im Einsatz. Die jeweiligen Bezirksräte können die Anzeigetafeln anfordern, die Aufstellung erfolgt durch die Holding Graz.

Neue stationäre Überwachungsstandorte:

- Sternäckerweg
- Rudersdorferstraße
- Babenbergerstraße
- Krottendorfer Straße
- Schwarzer Weg
- Eckertstraße
- Schubertstraße

„Abstand macht sicher!“ fährt Bus

Autofahrer halten beim Überholen oft zu geringen Abstand und gefährden damit Radler. Auch abrupt geöffnete Autotüren sind eine große Gefahr für Radfahrende, vor allem, wenn diese zu knapp an geparkten Autos vorbeifahren. Um darauf aufmerksam zu machen, hat die Radlobby eine Kampagne gestartet, die nun mit Unterstützung der Abteilung für Verkehrsplanung und des Kuratori-

ums für Verkehrssicherheit fortgesetzt wird: Fünf Busse der Graz Linien wurden mit dem roten Abstandssujet beklebt und für 6 Monate auf Reisen geschickt.



Radstation am Bahnhof

RÄDER SICHER ABSTELLEN UND AUSBORGEN

Die praktische Fahrrad-aufbewahrung am Bahnhof bietet auch Radverleih und kleine Reparaturen an.

Seit 14 Jahren gibt es die Radstation am Hauptbahnhof. Vor kurzem wurde sie erweitert und aufgewertet: Jetzt können nicht nur 276 Räder sicher aufbewahrt werden, es stehen auch mehr als 80 Leihräder – darunter 15 E-Bikes – zur Verfügung. Und es gibt sogar einen Pannenservice: Drei Bicycle-Mitarbeiterinnen kümmern sich um kaputte Bremsen, platte Reifen oder eine defekte Fahrradbeleuchtung.

Fahrrad abstellen

Wer sein Fahrrad tageweise abstellen möchte, kann bei der Radstation ein Tagedticket (24 Stunden) um einen Euro lösen. Es gibt aber auch Monats- und Jahrestickets um 7 bzw. 70 Euro, die am Fahrkartenschalter im Bahnhofsgebäude gelöst werden können. „Man bekommt dann einen Chip, mit dem man zu jeder Tages- und Nachtzeit Zutritt zum Aufbewahrungsraum hat, um das Rad zu holen oder abzustellen“, erklärt Christian Klausner, der Leiter der Radstation und ergänzt: „Die Radstation ist videoüberwacht und es ist tatsächlich noch nie ein Fahrrad gestohlen worden.“

Mehrere Schließfächer stehen für die Kundinnen und Kunden zur Verfügung. Für 2 Euro pro Woche (50 Euro pro Jahr) können sie gemietet und so Regenkleidung, Skripten oder was immer man nicht ständig mit sich führen

möchte, sicher verwahrt werden.

Derzeit zählt die Radstation etwa 150 Dauerparker.

Fahrrad ausleihen

Beliebt ist auch der Radverleih. Bis zu 6 Stunden zahlt man 8 Euro, bis 24 Stunden kostet es 12 Euro, und wer am Wochenende ein Rad ausborgen möchte, ist mit 20 Euro von Freitagmittag bis Montag in der Früh gut bedient. Allerdings sind 40 Euro an Kautions hinterlegen. Wer ein E-Bike ausleihen möchte, zahlt etwas mehr. Helm, Packtasche, Fahrradkorb und sogar Kinderanhänger können ebenfalls ausgeborgt werden. „Die Räder sind alle hochwertig und mit 24-Gang-Schaltung ausgestattet“, erklärt Herr Klausner.

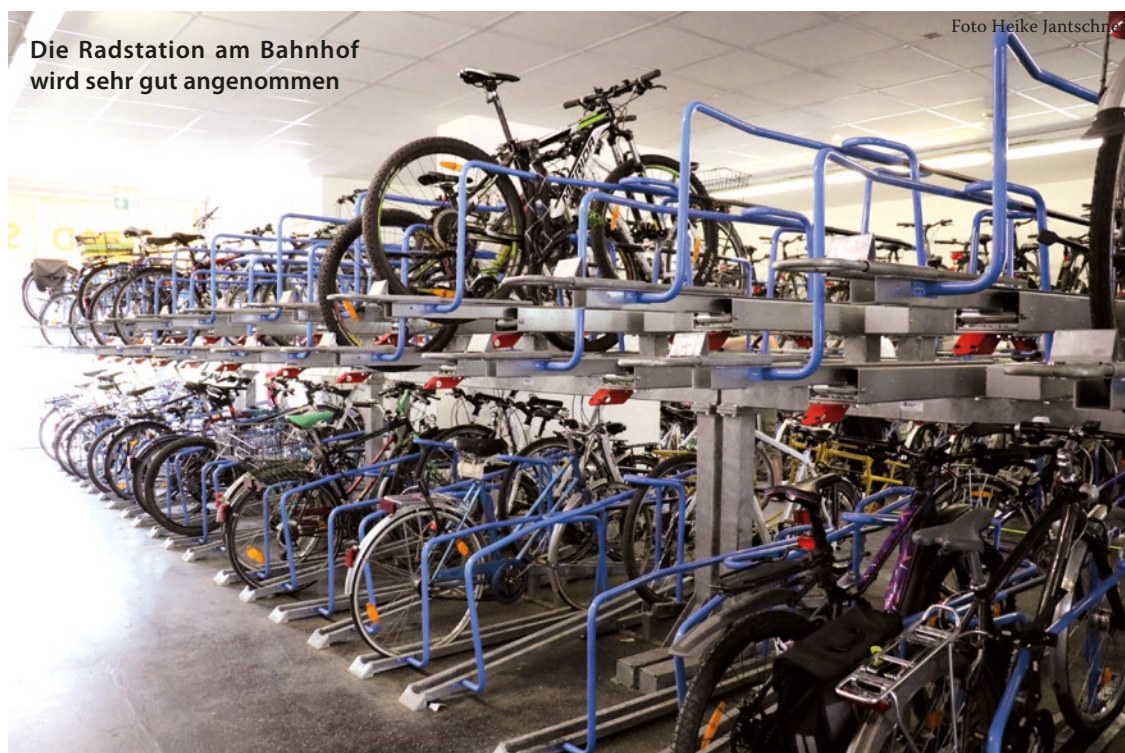
Ein kleiner Shop ergänzt das Angebot der Radstation: Schmiermittel, Helme, Schlösser, Fahrradleuchten und –körbe können hier erworben werden.

Nähere Informationen bei StR Elke Kahr (0316/872 20 60) oder DI Helmut Spinka, Radverkehrsbeauftragter (0316 / 872 2883)



Solai und Jaqueline von „Bicycle“ leisten kompetenten Pannenservice

Foto Heike Jantschner



Die Radstation am Bahnhof wird sehr gut angenommen

Foto Heike Jantschner

Öffnungszeiten der Radstation am Bahnhof:

Mo - Fr. 8 bis 18 Uhr (immer)
Sa, So, Feiertag – 9 bis 12 und 17 bis 19 Uhr (nur während der Radfahrtsaison, voraussichtlich bis Ende Oktober)

KLARTEXT



FOTO: KPÖ

Pflege: Graz als Vorreiterin

Seit 1. Juli gibt es steiermarkweit ein neues Klientenbeitragsmodell, das die mobilen Pflegedienste für viele Menschen günstiger macht. Graz geht aber einen großen Schritt weiter: Egal in welchem Ausmaß man Hauskrankenpflege, Pflegeassistenten oder Heimhilfe in Anspruch nimmt, den Klienten und Klientinnen bleiben mindestens 863 Euro, um Miete und Lebenskosten zu bestreiten. Dafür sorgen Ausgleichszahlungen durch die Stadt Graz.

Viele Pensionisten haben ein Leben lang hart gearbeitet und bekommen trotzdem nur eine kleine Pension. Sie können nun aufatmen. Bisher konnten sich viele Pflegebedürftige schlichtweg nicht leisten, in den eigenen vier Wänden zu bleiben – obwohl sie gesundheitlich dazu durchaus in der Lage waren.

Dass ihnen nun in jedem Fall die Höhe der Mindestpension erhalten bleibt, ist ein Meilenstein. Die KPÖ macht sich dafür stark, dass das Land Steiermark das erfolgreiche Grazer Modell übernimmt.

SO ERREICHEN SIE ROBERT KROTZER:

Tel.: 0316 – 872 2070

E-Mail:
stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

fb.com/robert.krotzer.graz

Sprechstunden:

Jeden Dienstag und Donnerstag. Um telefonische Anmeldung wird gebeten.

Immer mehr Menschen schleppen sich krank zur Arbeit. In vielen Fällen ist die Arbeit Auslöser der Krankheit.

September 2018: Das neue Arbeitszeitgesetz der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung tritt in Kraft. Für hunderttausende Beschäftigte bedeutet das nicht nur Lohnneinbußen und weniger planbare Freizeit. Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer (KPÖ) warnt vor allem vor den gesundheitlichen Folgen. Fehlende Ruhezeiten machen Arbeitsunfälle in vielen Berufen wahrscheinlicher. Magenbeschwerden und Herz-Kreislauf-Erkrankungen nehmen zu. Das Burn-out-Risiko steigt. Denn: Wer sehr erschöpft ist, schläft und erholt sich schlechter. „Der Mensch hat einfach natürliche Leistungsgrenzen“, kritisiert Krotzer das schwarz-blaue Gesetz. Dabei hat die technische Entwicklung die Produktivität so in die Höhe getrieben, dass schon längst eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich möglich wäre. „Arbeit muss gerechter verteilt werden“, so Krotzer.

Überstunden und Burn-out

Big Businesses und Industriellen-Lobbies wollen davon aber nichts wissen. Sie setzen auf die Erhöhung des Arbeitsdrucks: In Österreich werden jährlich 200 Millionen bezahlte Überstunden geleistet – und 50 Millionen unbezahlt. Selbst an Wochenenden und im Urlaub haben immer mehr Menschen das Gefühl, erreichbar sein zu müssen. Der Druck ist enorm. Immer mehr Menschen leiden unter Burnout, andere werden krank, weil sie lange keine Arbeit finden. Als „systematischen Verschleiß von Menschen“, bezeichnet das Anne Rieger, Psychologin und Aktivistin des Gewerkschaftlichen LinksBlocks (GLB). Sie kritisiert die Täter-Opfer-Umkehr. Dass



Wenn Arbeit krank macht

„jeder seines Glückes Schmied sei“, lautet ein weit verbreiteter Mythos. Den Menschen wird eingeredet, dass sie die Ursachen für gesundheitliche und psychische Probleme bei sich selbst suchen müssten. „Die Ursachen liegen in der Regel eher in einer zu dünnen Personaldecke“, erklärt die Soziologin Greta Wagner von der Goethe-Universität in Frankfurt.

Krank zur Arbeit

Mehr als die Hälfte der Berufstätigen hat es schon getan – sich krank in die Arbeit geschleppt oder mit Medikamenten notdürftig einsatzfähig gemacht. Ein Phänomen, für das es sogar einen wissenschaftlichen Begriff gibt: „Präsentismus“. Viele Menschen sind dem Druck ausgesetzt, ein extrem hohes Arbeitspensum erfüllen zu müssen und sich Krankenstände „nicht leisten“ zu können. Bei vielen herrscht

die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Und obwohl die Krankenstände seit Jahren zurückgehen, will die schwarz-blaue Bundesregierung nun gegen angebliche „Tachinierer“ und „Krankenstands-simulanten“ vorgehen. Mit einem „Auffälligkeitsanalyse-Tool“ der Krankenversicherungsträger soll penibel überwacht werden. Die Wirtschaftskammer geht noch weiter: sie fordert seit über einem Jahr, dass die ersten beiden Krankenstandstage von den Beschäftigten bezahlt werden sollen.

Solidarität und Zusammenhalt

Für Krotzer ist klar, dass sich die Beschäftigten nur gemeinsam gegen diese Angriffe wehren können. Der kommunistische Gesundheitsstadtrat stellt sich bei den Kollektivvertragsverhandlungen daher ausdrücklich hinter die Beschäftigten.



FRAUENGESUNDHEITZENTRUM FEIERT 25. GEBURTSTAG



Gesundheit hat ein Geschlecht. Frauen haben andere Möglichkeiten und Risiken als Männer. Sie erkranken an anderen Krankheiten, zeigen bei gleicher Krankheit andere Symptome, reagieren anders auf Medikamente. Darum gibt es das Frauengesundheitszentrum – seit 25 Jahren. Am 16. Oktober lädt es zum gemeinsamen Feiern ein! Gestartet wird mit einem Jubiläumsfrühstück und einer Lesung:

Gratulantin **Elfriede Hammerl** bringt ihr neues Buch „Alte Geschichten“ mit. Mit Informationen rund um Frauengesundheit, Bewegung, Kreativworkshop und Entspannung geht es durch den Tag. Auf die BesucherInnen warten unter anderem auch eine Beratungssecke und ein Büchertisch. Abends wird mit Swingtanzen und einem Poetry Slam weitergefeiert. Infos unter: 0316/83 79 98 oder frauengesundheitszentrum.eu

RAT UND HILFE

PFLEGEDREHSCHIBE VOR ORT

Ein umfassendes Angebot bietet die Pflegedrehscheibe der Stadt Graz, um die optimale und individuell passende Pflege zu ermöglichen (siehe unten). Dabei arbeitet sie mit allen wichtigen Stellen zusammen: mit der Hauskrankenpflege, Heim- und Pflegedienstleistungen, SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen, aber auch Gerichten und der Polizei. „Sie ist kein Betreiber und hat kei-

nerlei wirtschaftliche Interessen“, betont Pflegestadtrat Robert Krotzer.

Das Angebot kommt auch im Herbst wieder zu Ihnen vor Ort:

➔ Mittwoch, 19. September, 9:30–11:30 Uhr
Kaiser-Josef-Platz

➔ Mittwoch, 10. Oktober, 9:30–11:30 Uhr:
Hofbauerplatz, Bauernmarkt



Stadtrat Robert Krotzer mit Norma Rieder und Andrea Binder-Koch von der Pflegedrehscheibe.

FOTO: KPÖ

Die Pflegedrehscheibe der Stadt Graz ist die zentrale Anlaufstelle bei allen Fragen bezüglich Pflege und Betreuung. Sie informiert Sie rasch, individuell und unbürokratisch über:

- Mobile Dienste
- Pflegeheime
- Betreutes Wohnen
- Tageszentren
- Pflegegeld
- 24-Stunden-Betreuung
- Behindertentaxi
- Geronto-psychiatrisches Zentrum
- finanzieller Zuschuss für pflegende Angehörige
- sozialversicherungsrechtliche Absicherung für Pflegenden
- GIS-Befreiung
- Rezeptgebührenbefreiung
- Familienhospizkarenz

- mobiles Palliativpflegeteam
- Essenszustellung
- Mittagstisch für SeniorInnen
- Wohnungsreinigung
- Hilfsmittel
- Notruftelefon
- PatientInnenverfügung
- Vorsorgevollmacht
- Vertretungsbefugnis
- Sachwalterschaft
- Pflegekarenz
- Pflegezeit
- Sturzprophylaxe zu Hause

Albert-Schweitzer-Gasse 38,
8020 Graz

Tel.: 0316 - 872 6382

graz.at/pflegedrehscheibe

E-Mail:

pflegedrehscheibe@stadt.graz.at

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag, 10 bis 15 Uhr

FRAUENVOLKS- BEGEHREN

Von
1. bis 8.
Oktober
kann das
Frauen-
volks-
begehren unterschrieben
werden.



Schon vor 20 Jahren gab es ein Frauenvolksbegehren. 650.000 Menschen haben das Volksbegehren damals unterstützt. Doch viele der Anliegen wurden bis heute nicht erfüllt. Deshalb sollen mit einer „Neuaufgabe“ des Frauenvolksbegehrens diese wichtigen Punkte erneut eingefordert werden.

Im Text des Volksbegehrens heißt es:

**Macht teilen, Geld teilen,
Arbeit teilen.**

„...Die Verbesserung der Lebensrealitäten von Frauen muss auf der politischen Tagesordnung ganz oben stehen. Ob Gewaltschutz, sexuelle Selbstbestimmung, soziale Sicherheit, Kinderbetreuung, wirtschaftliche und politische Teilhabe: Wir fordern Wahlfreiheit und Chancengleichheit für Frauen und Männer.“

Macht teilen, Geld teilen, Arbeit teilen. Armut bekämpfen. Wahlfreiheit ermöglichen. Vielfalt leben. Selbst bestimmen. Gewalt verhindern. Schutz gewähren – das sind die Forderungen, die das Frauenvolksbegehren erhebt. Eine ausführliche Liste kann unter frauenvolksbegehren.at nachgelesen werden.

Wer das Frauenvolksbegehren unterschreiben möchte, kann dies von 1. bis 8. Oktober tun:
– die Unterstützungserklärung per **Bürger*innenkarte bzw. Handysignatur** – also auch von zuhause aus – abgeben.
– die **Unterstützungserklärung in einem Gemeindeamt in Österreich** – und zwar in jedem, unabhängig vom Hauptwohnsitz – unterschreiben.

SCHAU NACH IM SOZIALRATGEBER!

Die 7. Auflage des „Ratgebers für das tägliche Leben“ kann jetzt bestellt werden



Elke Kahr, Victoria Nekrepp und Robert Krotzer stellen den neuen Sozialratgeber vor

Der Sozialratgeber der KPÖ bietet den Grazerinnen und Grazern eine umfassende Übersicht zu zahlreichen Themen, die das tägliche Leben betreffen und hat sich als beliebtes Nachschlagewerk für Privatpersonen und zahlreiche Einrichtungen etabliert. Jetzt liegt die mittlerweile 7. Auflage des Ratgebers vor.

Zahlen und Fakten zum neuen Sozialratgeber:

106 Seiten, 35 Kapitel, mehr als 650 Adressen
Kapitel Verkehr und Gesundheit erweitert, umfangreiches Kapitel zum Thema Wohnen
Detaillierte Infos zu Beihilfen und Zuschüssen
Auf Personengruppen abgestimmte Kapitel (Frauen, Männer, Transgender, Senioren, Babys, Studierende, Kinder und Jugendliche)
Spezielle Infos, wie Adressen für den Einkauf von Lebensmitteln und Kleidung, wenn das Geld knapp

ist, genauso wie Ratschläge zur Vorgehensweise beim Verlust von Geldbörse oder Haustorschlüssel und Tipps zum Umgang mit amtlichen Schreiben Und vieles mehr...

Der Sozialratgeber soll dazu beitragen, dass Menschen mit ihren Problemen nicht im Kreis herumgeschickt werden, sondern gleich die richtige Anlaufstelle finden.

Bestellungen werden im KPÖ-Gemeinderatsklub (Tel. 0316/872 2154, klub.kpoe@stadt.graz.at, Frau Nekrepp) und in den Büros von Stadträtin Elke Kahr (Tel. 0316/872 2061) und Stadtrat Robert Krotzer (Tel. 0316/872 2070) entgegengenommen.

Der Sozialratgeber ist für Einzelpersonen kostenlos. Online ist der Sozialratgeber zum Download verfügbar unter: <https://www.kpoe-graz.at/sozialratgeber-der-kpoe-graz-22.phtml>

50+ TREFF im Stadtteil Triester

Im Stadtteilzentrum Triester, Triesterstraße 66 findet **jeden Dienstag** 14 - 17 Uhr ein **50+ Treff** für Bewohner des Stadtteils statt.

Einladung zur Tombola: Jedes Los gewinnt
Dienstag, 11. September 2018, ab 14 Uhr
Stadtteilzentrum, Triesterstraße 66
Tombola: Jedes Los gewinnt, es gibt Kaffee und Kuchen.

Bewohner aus dem Stadtteil Triester sind herzlich eingeladen.

Kontakt und Information: Barbara Predin: Tel. 0677/6262 0172, Ulla Sladek: 0650/98 21 867

Gutschein für ein Tombola-Los

Jedes Los gewinnt!

Es gibt Kaffee und Kuchen.



Wann und Wo

11. September 2018, 14–17 Uhr, Stadtteilzentrum, Triesterstraße 66

Für wen

Frauen und Männer 50+, die im Stadtteil Triester wohnen

Gesunde Nachbarschaft – Engagement nachhaltig verankern ist ein gemeinsames Projekt von Stadtteilzentrum und Frauengesundheitszentrum.

FRAUENGESUNDHEITZENTRUM STADTTEIL TRIESTER
Gesunde Nachbarschaft – Engagement nachhaltig verankern wird gefördert aus Mitteln von



Kommentar Dipl.-Dolm. Peter Laukhardt, Sprecher SOKO Altstadt



Neue Grünflächen: Es fehlt an Geld und Ideen

Seit 2003 sind in Graz rund 36 ha Freifläche verlorengegangen, mehr als Stadtpark (22,0), Augarten (7,5) und Volksgarten (4,6) zusammen ausmachen.

Beinahe täglich wird durch immer neue Bauvorhaben Grünraum zerstört. Als erstes fallen die gratis Schatten und Sauerstoff spendenden Bäume, Wasser kann nicht mehr versickern, man braucht neue Kanäle. Es fehlen bindende Vorgaben für die maximale Versiegelung. Dafür sollte das neue Räumliche Leitbild sorgen! Doch trotz der Brisanz des Themas will man lt. dem derzeit vorliegenden Entwurf für das Räumliche Leitbild überhaupt keine Versiegelungsgrenzen verordnen.

Im Flächenwidmungsplan 4.0 (Fläwi) ist die Umwidmung mehrerer großer städtischer Grünflächen passiert: Garten der Villa Neumann (Heinrichstraße/Rosenhaingasse), Park der Villa Lapp (Lindweg 33), Park des Schlosses Oberandritz, große Grünflächen unterhalb von St. Martin, mehrere in Liebenau (zurückgenommen wurde dort die Umwidmung des Schlossparks).

Immer mehr Grünflächen verschwinden und werden versiegelt.

Im Bild: Das „Greencity“-Areal (Straßgang) vor der Bebauung.

Dem gegenüber stehen die geplanten neuen Vorbehaltsflächen für Grünraum bescheiden zu Buche.

Im Flächenwidmungsplan 4.0 sind rund 37.940 m² für öffentliche Parkanlagen neu ausgewiesen. Davon sind rund 7.600 m² als Restflächen (z.B. an den Mühlgängen) kaum anders verwertbar. Weitere rund 4000 m² sind Ergänzungen zu bestehenden Parks. Es bleiben rund 26.000 m² wirklich neue Flächen übrig, der Löwenanteil davon in der ehemaligen Kirchnerkaserne mit 13.298 m² – mit der dort ebenfalls geplanten Sportfläche von 9.885 m² für das stark in Verdichtung begriffene Gebiet eine begrüßenswerte Entscheidung.

In den restlichen Bezirken hat sich also gegenüber 2002 die Stadt 13.000 m² neue Parkanlagen vorbehalten. Das sind weniger als 1.000 m² je Bezirk. Da man je Bewohner 10 m² Freiflächenbedarf annimmt, könnten also je Bezirk künftig kaum noch 100 Bewohner mehr versorgt werden – angesichts des aktuellen

Bevölkerungszuwachses ist das viel zu wenig. Hinzu kommt, dass erfahrungsgemäß ohnehin nur ein ganz geringer Teil dieser Vorbehaltsflächen wirklich in das Eigentum der Stadt gelangt.

Im neuen Fläwi-Beschluss sind sogar schon wieder Flächen gestrichen worden. Noch nicht berücksichtigt wurde darin aber die Entscheidung für das Murkraftwerk, durch welches enorme Flächen im Süden von Graz zusätzlich als öffentlich zugänglicher Grünraum verloren gehen. Auch um Teile des Augartens muss neuerdings ebenfalls gebangt werden.

Eine Chance, dieser Entwicklung zumindest in Ansätzen zu begegnen, wäre mit dem räumlichen Leitbild gegeben. Es ist zu befürchten, dass auch diese Chance vertan wird.

Mit einem Wort: Der Anteil an Grünflächen nimmt in beängstigendem Ausmaß ab, die Zahl der Bewohner steigt rasant, – aber für neue Grünflächen fehlen das Geld und – Ideen.



EINFACH SPAREN

Sparsam Wäsche waschen



Der durchschnittlichen österreichischen Haushalt braucht ca. 6 % des jährlichen Stromverbrauchs bzw. 50 Euro für Wäschewaschen. Dieser Betrag kann mit einfachen Maßnahmen verringert werden.

Am meisten Strom verschlingt bei einem Waschgang das Aufheizen des Wassers. Deshalb sollte man die Temperatur etwas niedriger wählen, als auf der Wäsche angegeben. Der Unterschied zwischen 40°C und 60°C beträgt pro Waschgang ca. 25 % bzw. 5 Cent. Die niedrigere Temperatur verlängert zusätzlich die Lebensdauer der Waschmaschine durch geringere Verkalkung. Man sollte darauf achten, die Trommel nicht zu überladen, aber sie immer gut zu befüllen. Das spart nicht nur Stromkosten, sondern auch Kosten für das Waschmittel.

Auch beim Waschmittel können durch die richtige Dosierung zusätzlich einige Euro im Jahr gespart werden. Achten Sie daher auf die angegebene Mengeneempfehlung auf der Verpackung sowie auf die Wasserhärte in Ihrer Region, z.B. benötigt das eher harte Grazer Wasser etwas mehr Waschmittel als weiches Wasser wie etwa in Wien. Bald fallen auch schon wieder die ersten Kastanien von den Bäumen, aus denen man ein gänzlich kostenloses Waschmittel einfach selbst herstellen kann. Anleitungen dazu findet man im Internet, z. B. auf nachhaltig-in-graz.at

Von Gabi und Gernot

FRAGEN SIE UNS!
Tel. 0664/231 8626

WEITERES JUGEND-ZENTRUM

GRIES. Die Jugendarbeit in der Stadt Graz ist eine gute und wichtige Sache: Nicht selten sind die MitarbeiterInnen die einzigen Ansprechpersonen rund um die Themen Schule, Lehre, Familie, Freundschaften, Sexualität usw. Im Bezirk Gries gibt es für Jugendliche jedoch kaum Möglichkeiten, sich in diesem geschützten Rahmen zu treffen: Das Jugendzentrum Don Bosco ist für viele zu weit entfernt. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**: „Auf dem Gelände der ehemaligen Taggerwerke gibt es noch freie Flächen. Dort gibt es schon viele Initiativen, die das Grätzel beleben – der Platz würde sich auch gut für ein Jugendzentrum eignen!“

Als alternativen Standort schlägt Sikora das Areal mit der leerstehenden Billa-Filiale im Bereich der Karlauerstraße vor.

MARGERL-GRÄTZELFEST UND ZWEITES GRÄTZELRAD



GEIDORE. Am Sonntag, dem 9. September, findet wieder das „Margerl-Grätzelfest“ statt: Ein Streetsoccer-Turnier, die Ausstellung „90 Jahre Margaretenbad“, ein Vorgarten-Spaziergang mit Gertraud Prügger und eine Kräuterwanderung mit Michael Flechl sind Teil des bunten Programms. Die hochkarätige Livemusik kommt von den „Rosetti Sisters“, „Sofaschmäh“, den „Greenhorners“ und „Kaiser’s Ukulelen Combo“. Das gesamte Programm finden Sie auf der Website www.margerl.at.

Wie immer gibt es auch

eine Rad-Spazierfahrt: Wegen des großen Andrangs hat der Bezirksrat Geidorf gemeinsam mit der Grätzelinitiative Margaretenbad ein zweites Grätzelrad angeschafft. Bei der Grätzel-Rundfahrt wird es traditionell von Bezirksvorsteher Gerd Wilfing und seinem Stellvertreter **Hanno Wisiak** gelenkt. Das elektrische Lastenrad kann bis zu drei Tage lang kostenlos bei der Firma Bicycle in der Körösisstraße ausgeliehen werden.

Weitere Infos unter www.das-lastenrad.at

GRIESPLATZ BRAUCHT EINE POSTFILIALE



GRIES. Bis Ende 2019 werden alle BAWAG-Postfilialen gekündigt bzw. aufgelassen, auch die BAWAG-Post-Filiale in der Annenstraße beim Rosseggerhaus. Schon vor Jahren wurde das Postamt im Telekomhaus in der Rösselmühlgasse geschlossen. KPÖ-Bezirksvorsteherin **Gerti Schloffer**: „Die nächsten Postfilialen im

Umkreis vom Griesplatz befinden sich nun beim Citypark und am Hauptbahnhof!“ Aus diesem Grund schlägt die KPÖ Gries vor, dass die Stadt Graz den Vorstand der Post ersucht, die Postfiliale in der Rösselmühlgasse wieder zu öffnen. Ein entsprechender Antrag wurde vom Bezirksrat einstimmig angenommen.

KEINE NEUE DURCHZUGSSTRASSE!

LIEBENAU.

Die Neuholdaugasse soll verlängert werden und in die Andersengasse münden. So steht es in den Anträgen zur Abänderung des Flächenwidmungsplans. Dadurch würde ein neuer Weg in einem Wohngebiet entstehen, der den Schönaugürtel mit dem Südgürtel verbindet. Auch der städtische Kindergarten wäre betroffen. Die neue Straße würde außerdem direkt durch

die bestehende Heimgartenanlage führen.

„Wir wollen hier keine neue Durchzugsstraße“, sagt KPÖ-Bezirksrat **Sebastian Wisiak**. „Bereits durch den Kraftwerksbau und die geplante Bucht fallen am Grünanger Grünflächen weg. Die neue Straße würde zusätzlich die Heimgartenanlage zerstören. Dazu wird es von Seiten der KPÖ sicher keine Zustimmung geben.“

HÄNDE WEG VOM AUGARTEN

EIN KOMMENTAR VON BEZIRKS RAT LUBOMIR SURNEV

Das schwarz-blaue Drüberfahren in der Grazer Stadtpolitik wirkt sich auch auf der Bezirksebene aus. Wie im Juni angekündigt, sollen schon im September die Bagger auffahren, um ein Zehntel der Fläche des Augartenparks massiv zu verändern.

Einbeziehung der Nutzer der öffentlichen Parkanlage? Fehlanzeige! Abgesehen davon, dass die Bevölkerung durch diese nutzlose Hauruck-Aktion vor den Kopf gestoßen wird, wird sie auch noch vom zuständigen Bürgermeisteramt gefrotzelt: Die BezirksbewohnerInnen sollen erst in „Bauphase 2“ eingebunden werden, also dann, wenn die „Bucht“ im Augarten schon fix und fertig steht, die gut genutzte Spielanlage und die Skate-Rampe entfernt sind, und wenn der Betreiber der geplanten Gaststätte (wahrschein-



lich ein in Graz nicht Unbekannter!) feststehen wird.

Darf man dann brav das Handlert heben und fragen, ob im Areal der „Arena-Bucht“ gnädigerweise auch diejenigen entspannen dürfen, die nicht zu den Konsumenten und Kunden dieses sicher hippen „In-Lokals“ gehören?

Ohne die Errichtung des „Murkraftwerks“ würden wir im Augarten nicht vor dieser Situation stehen. Möglicherweise wird dem Grazer Bürgermeister irgendwann die Rechnung für seine unseriöse Ankündigung- und Drüberfahr-Politik präsentiert und all seine Seifenblasen zerplatzen – so wie bei „Olympia 2026“ in Graz.

Haben Sie Ideen oder Anliegen für Ihren Bezirk?

Rufen Sie uns an!

Heike Jantschner
KPÖ-Gemeinderatsklub
0316 / 872 2153

Christian Carli
KPÖ-Bezirksrätesprecher
0681 / 10 7632 98

„BRATPFANDL“ JAKOMINIPLATZ



INNERE STADT. Asphalt und Beton – der Jakominiplatz ist ein Heizkörper der Innenstadt. 2018 haben einer der wärmsten Sommer seit der Jahrtausendwende. Erfreulicherweise gibt es den politischen Willen, für Abkühlung im Innenstadtbereich zu sorgen: Verdunstungskälte durch Sprühwasser heißt das Prinzip! Auf diese Technik einer Leibnitzer Firma hat Gemeinderätin **Elke Heinrichs** bereits vor zwei Jahren hingewiesen. Gleichzeitiger Effekt dabei: Staub

wird gebunden. Umfassende Stadtklimaprojekte wären dringend nötig, um den Auswirkungen der Verbauung mittels „Maßnahmen gegen Hitze durch Klimawandel“ zu begegnen. Der viel zu hohe Versiegelungsgrad bereitet gesundheitliche Probleme.

Die KPÖ hat Initiativen für eine Begrünung und Neugestaltung des Jakominiplatzes gefordert. Dazu gehört, dass die Wartehäuschen ihren Dienst erfüllen, nämlich die Wartenden vor Hitze oder Nässe zu schützen.

DIE NATUR IST DIE BESTE KLIMAAANLAGE

STRASSGANG. Straßgang verliert durch die massive Verbauung immer mehr Äcker und Grünflächen, was sich nachteilig auf das Klima im Bezirk auswirkt. Am 31.7.2018 war Straßgang mit 33,9 Grad Hitzepol der Steiermark! Im dicht bebauten Gebiet ist es bei einer Hitzewelle nochmals deutlich heißer. Asphalt, Beton und Dächer sorgen für einen weiteren Temperaturanstieg im direkten Umfeld. „Die massenhaft verwendeten

Klimaanlagen heizen den Energieverbrauch an. Dabei kommt die beste Klimaanlage aus der Natur“, sagt KPÖ-Bezirksrätin **Ruth Masser**. Bäume und Pflanzen an Hauswänden und auf Dächern sorgen durch Verdunsten von gespeichertem Wasser für Abkühlung.

„Durch die Begrünung von Zäunen, Lärmschutzwänden, Fassaden, Balkons und Dächern können Bewohner aktiv mithelfen, das Klima im Bezirk zu verbessern“, so Masser.



KASTNER-DACH: NOCH IMMER KEINE BESCHICHTUNG



INNERE STADT. Seit mehr als zehn Jahren warten die Grazerinnen und Grazer nun schon auf die von Kastner zugesagte Bronzebeschichtung des Daches – eine Grundvoraussetzung zur Anpassung an die wertvolle Grazer Dachlandschaft. Die Suche nach einer geeigneten Legierung ist noch im-

mer nicht abgeschlossen. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**: „Scheinbar handelt es sich hier um ein Jahrhundertprojekt. Hoffentlich müssen die Grazerinnen und Grazer nicht mehr lange warten. Die Dachdecker und Spengler unserer Landeshauptstadt wären auf jeden Fall schon längst bereit!“

NEUER TRINKBRUNNEN FÜR GRAZER UND GRAZERINNEN



GÖSTING & MARIATROST.

Seit 2014 fordert KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** Trinkwasserbrunnen für die Grazerinnen und Grazer. Seither sind zahlreiche Durstlöscher im Grazer Stadtgebiet installiert worden. „Die Grazer Außenbezirke hinken da noch nach. Umso erfreulicher, dass nun je ein neuer Trinkbrunnen am beliebten Rad- und Fußgänger-

weg zwischen Gösting und Thaler See sowie bei der Stephanienwarte installiert wurde“, so Sikora. Beide hat der KPÖ-Politiker im Gemeinderat eingefordert. „Ein großer Dank an die Holding Graz für die Errichtung. Die Brunnen werden von den Menschen sehr gut angenommen“, berichtet Sikora, der den Brunnen gleich mit seinem Sohn getestet hat.

NEUES LASTENRAD



EGGENBERG. Der Bezirksrat Eggenberg hat ein Lastenrad finanziert, das nun beim Zweiradfachgeschäft Neubauer in der Alten Poststraße 130 ausgeliehen werden kann. KPÖ-Bezirksrätin **Karin Gruber**: „Man kann mit dem Rad sogar eine Waschmaschine transportieren, und man braucht nicht allzu viel Muskelkraft, weil das Rad einen E-Antrieb hat.“



BEGRÜNUNG RAIMUND- GASSE

ST. LEONHARD. Finanzielle Unterstützung aus dem Budget des Bezirksrats gibt es für eine Familie, die auf eigene Rechnung einen Grünstreifen in der Raimundgasse mit Blumen und Sträuchern bepflanzt. Gerade die jüngste Hitze hat wieder gezeigt, wie wichtig ausreichender Grünraum für die Stadt ist. KPÖ-Bezirksrätin **Daniela Katzensteiner**: „Sehr erfreulich, wenn sich Bürgerinnen und Bürger aktiv bei der Verbesserung der städtischen Lebensqualität einbringen!“

SOZIALCARD - VERBESSERUNG FÜR BERUFSTÄTIGE

Im Oktober 2012 wurde die lange Zeit von der KPÖ geforderte SozialCard in Graz realisiert mit dem Ziel, jene Teile der Bevölkerung zu unterstützen, die unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen. Jedoch zeigt ein Fallbeispiel, dass die festgelegten Kriterien der Stadt Graz zu eng gesetzt sind. „Die GIS-Gebührenbefreiung muss bei der Beantragung vorgelegt werden. Wer aber keine Trans-



ferleistungen vom Staat (z.B. Pension, Mindestsicherung oder Arbeitslosengeld) bekommt, sondern nur ein geringes Arbeits-einkommen nachweisen kann, bekommt keine GIS-Befreiung und somit auch keine SozialCard“, erläuterte Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. „Das ist ungerecht und widerspricht jeglicher Logik.“ Jetzt wird das Sozialamt eine Änderung der Voraussetzungen für die SozialCard prüfen.

STADT GRAZ GIBT KONTROLLE AB

Weil die Stadt ihre letzten Anteile an der Energie Graz an die Holding Graz verkauft, verliert der Gemeinderat künftig alle Möglichkeiten der Einsichtnahme in die Bilanzen und Wirtschafts-pläne des Energieversorgers. ÖVP, FPÖ und Neos haben den Verkauf im Gemeinderat



beschlossen. Die KPÖ hat gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums gestimmt. „Der Verkauf bedeutet auch, dass der Gemeinderat in Zukunft nicht mehr mitreden kann, wenn die Energie Graz ihre Strom-, Gas- oder Fernwärmetarife anhebt“, macht Gemeinderat **Manfred Eber** deutlich.

SCHNELLER ZUM WOCHENGELD

Momentan gibt es in Graz Verzögerungen bei der Ausstellung von Geburtsurkunden. Bis zu vier Wochen kann dies dauern. „Da erst nach Einreichen der Urkunde bei der GKK das Wochen-geld ausgezahlt wird, führt das vor allem bei alleinerziehenden



Frauen, aber auch bei Familien mit geringem Einkommen zu unverschuldeten Notsituationen“, so Gemeinderat **Kurt Luttenberger**. Er setzt sich dafür ein, dass das Personal im Standesamt aufgestockt wird, damit Eltern rasch das Wochengeld bekommen.

NACHPFLANZUNG NACH STURM

Der starke Sturm vor im Sommer hat dem Stadtpark und dem Schloßberg stark zugesetzt. „Bei der Wiederbepflanzung dieses Landschaftsschutzgebietes muss sensibel vorgegangen werden“, betont Gemeinderätin **Christine**



Braunersreuther. Deshalb fordert sie, dass ein Fachgremium aus stadtinternen und externen Experten einen Maßnahmenplan zur raschen Wiederherstellung dieser kulturhistorischen (Garten-) Denkmäler erarbeitet.

DAUERAUSTELLUNG FÜR ROBERT STOLZ

Robert Stolz (1880-1975), der in Graz geborene Operetten- und Filmkomponist, gerät leider immer mehr in Vergessenheit. „Nicht nur seine genialen und melodienreiche Werke haben ihn unvergesslich gemacht, es gilt auch, den großen Humanisten und Kritiker der Nazi-Barbarei zu würdigen, der gefährdete Künstlerfreunde durch riskanten persön-



lichen Einsatz in Sicherheit bringen konnte bzw. sie finanziell großzügig unterstützte“, so Gemeinderat **Andreas Fabisch**. „Es freut mich, dass mein Antrag aus dem Jahre 2014 endlich umgesetzt und für diesen Ausnahmekünstler eine Dauerausstellung eingerichtet werden soll“, so der Gemeinderat. „2020 könnte es soweit sein – hoffentlich hält der Termin!“

PFANDSYSTEM GEGEN PLASTIKFLUT

Kunststoffmüll und Mikroplastik bedrohen zunehmend Gewässer und Küsten. Es muss dringend gehandelt werden. Mit ihrem Antrag im Gemeinderat forderte KPÖ-Umweltsprecherin **Elke Heinrichs** die Bundesregierung auf, dringend notwendige Schritte einzuleiten: „Der Bund soll die gesetzlichen Vorausset-



zungen zur Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems nach deutschem Vorbild auf diverse Einweggebinde schaffen“, fordert die Gemeinderätin. Die mehrheitliche Zustimmung im Gemeinderat ist ein Erfolg und ein erster Schritt im Kampf gegen den Plastikmüll. Als einzige stimmte die FPÖ gegen diesen Antrag.

MEHR PLATZ FÜR HUNDE

Im Josef-Huber-Park gibt es zwar eine ausgewiesene Hundezone, allerdings ohne Begrenzung. Daher besteht dort Leinenpflicht für die Vierbeiner. „HundehalterInnen wünschen sich für ihre Lieblinge,



dass sie auch frei laufen dürfen“, weiß Gemeinderätin und KPÖ-Tierschutzsprecherin **Sigrid Zitek**. Mit ihrem Antrag macht sie sich für eine eingezäunte Hundewiese im Josef-Huber-Park stark.

Bleiben Sie auf dem Laufenden!

Abonnieren Sie kostenlos den **WhatsApp-Newsletter** der KPÖ.

Speichern Sie die Nummer **0677 - 18 91 7550** als „KPÖ“ und senden Sie eine **WhatsApp-Nachricht** mit „Start“.

Top informiert und jederzeit kündbar!



Stadt gibt Kontrolle aus der Hand

Energie Graz: „Nur“ zwei Prozent

Der Grazer Gemeinderat hat am 5. Juli gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen, den allerletzten Anteil der Stadt Graz an der Energie Graz AG (2 Prozent) an die Holding Graz zu übertragen. Damit hat der Gemeinderat der Stadt auf den wichtigsten Energieversorger der steirischen Landeshauptstadt keinen Einfluss mehr. Die Holding Graz hält nun 51 Prozent, die teilprivatisierte Energie Steiermark 49 Prozent der Aktien.

Dabei war der direkte Anteil der Stadt Graz an der mit 1. Jänner 2003 gegründeten Gesellschaft ein kleines Zugeständnis der damaligen Rathausmehrheit von SPÖ, ÖVP und FP an die massiven Proteste der Bevölkerung und der Belegschaft gegen die Teilprivatisierung gewesen.

Privatisierung und leere Versprechungen

Jetzt ist ein Einfluss der Stadt nur mehr durch den Eigentümervertreter der Holding Graz (Finanzstadtrat Riegler) möglich. Selbst Informationen über die Tarifentwicklung etc. werden schwerer zugänglich werden.

Die Ausgliederung des Energiebereiches aus den Stadtwerken



Immer wieder hat die KPÖ vor den Folgen von Privatisierungen gewarnt.

stellte (unter einem SPÖ-Bürgermeister) den ersten massiven Privatisierungsschritt der städtischen Betriebe dar. Er war mit finanziellen Versprechungen verbunden. Mit dem Verkaufserlös wollte man den öffentlichen Verkehr verbessern. Diese Versprechungen wurden nicht realisiert. Auch der Schuldenstand der Stadt Graz und der städtischen Betriebe ist nicht gesunken. Es sind Verschlechterungen eingetreten, weil das enge Finanzkorsett für die Holding Graz negative Folgen hat.

Es stellt sich heraus, dass die Gegner des Verkaufs recht hatten.

Das Grazer Stadtblatt zitiert im April 2002 die Aktivistin der Bürgerinitiative Dr. Evelyne Kirchner: „Das Budget kann mit diesbezüglich erhaltenem schnellem Geld nicht saniert werden. Die Probleme der Stadtfinanzen bleiben“.

Politiker haben nichts gelernt

Genauso ist es. Leider haben die bestimmenden Politiker aus dieser Tatsache nichts gelernt. Wenn sie können, liefern sie auch weitere Teile der Daseinsvorsorge an private Konzerne aus. Das passiert nach der Ausgliederung wichtiger Bereiche innerhalb des

„Haus Graz“. ZB. werden bei der Müllentsorgung diskret und ohne Information der Bevölkerung private Partner beteiligt.

Die große Bewegung gegen den Verkauf des Energiebereiches und gegen die Ausgliederungen, die von ÖVP und Grünen während ihrer Koalition (2008-2012) beschlossen worden sind, lässt Schwarz/Blau bisher vor massiven Privatisierungen zurückschrecken. Noch gilt die Bestimmung, dass großflächige Privatisierungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Gemeinderates möglich sind. Wie lange noch?

Mobilitätsfest am 22. September, Lendplatz



MOBILITÄTSWOCHE IN SCHULEN. In der Woche davor gibt es schulische Aktivitäten im – für einen oder mehrere Tage „autobefreiten“ – Straßenraum als erweitertes Klassenzimmer: In der Marschallgasse, Gabelsbergerstraße und Fröbelgasse.

Der 22. September ist der Europaweite Autofreie Tag, in Graz der Termin – diesmal ein Samstag – für das Mobilitätsfest, das am Lendplatz und in den umliegenden Gassen stattfindet.

Beginn ist um 10.00 Uhr, neben Information und Musik gibt es auch ein Kinderprogramm und einen „Goldsprint“, ein Walzenrennen Mann gegen Mann und Frau gegen Frau.

Um 17.00 Uhr startet dann die „Tour de Graz“, die X-Large-Version des CITYRADELNS, danach folgt die **PREISVERLEIHUNG**.



LIVE-MUSIK 10 BIS 21:30 UHR

Es spielen Caravan, Karacho, The Mysterious Bluesmen und die SteirerGeiger.

Spiel – Sucht – zerstörte Existenzen

Der Werkstatthof bietet Spielsüchtigen einen Begegnungsraum und die Möglichkeit, sich produktiv und kreativ zu betätigen.

„Spielsucht ist tückisch. Als Familienmitglied, Freund oder auch als Arbeitskollege kann es sein, dass man jahrelang

nichts von der Krankheit merkt. Eines Tages platzt die Blase und Existenzen werden zerstört“, schildert Gerald Pfeiffer. Er weiß, wovon er redet, denn er hat es selbst durchgemacht. Bereits in den 90er-Jahren begann seine Spielsucht. Zuerst schleichend, erst nach und nach wurde es ihm bewusst.

Im Jahr 2000 lernte er seine Frau kennen. Ein Kind vollendete ihr Glück. Die Spielsucht wurde eine Zeit lang verdrängt. Ende 2003 kam der Rückfall. „Niemand merkte, dass ich spielsüchtig war. Nicht meine Familie, nicht meine Kollegen. Obwohl die Spielsucht dich verändert: Du wirst einzelgängerisch und lügst.“ 2012 hatte

sich alles aufgestaut, sodass es Pfeiffer nicht mehr verbergen konnte. Er hatte bis dahin mehr als 800.000 Euro verspielt, Firmengelder veruntreut. Er vertraute sich seinem Steuerberater an, der ihn an einen Rechtsanwalt verwies. Kurz darauf wurde er von seiner Firma fristlos entlassen.

Projekt zur Therapie

Aus Erfahrung weiß der 53-jährige auch, dass eine Therapie unerlässlich ist. „Ich selbst habe verschiedene Therapieangebote genutzt: Einzeltherapie, Selbsthilfegruppen und geleitete Gruppen. In meiner Freizeit habe ich mich dann handwerklich betätigt. Das hat mir sehr geholfen“, so Pfeiffer. „Man muss sich auch Aktivitäten zwischen den Therapien suchen, Hobbys, Interessen entwickeln, Sozialkontakte pflegen.“ All das hat er aufgegriffen und in ein Projekt verwandelt, das anderen Spielsüchtigen helfen kann.

In Zusammenarbeit mit Jugend am Werk konnte das Projekt „Werkstatthof“ in der Kärntnerstraße 25 ins Leben gerufen werden. „Es ist ein Ort, wo sich Spielsüchtige austauschen und sich handwerklich betätigen können. Therapieeinrichtungen haben ja nur werktags geöffnet. Bei uns können die Leute auch samstags, sonntags und an Feiertagen vorbeikommen und sich austauschen. Wir sind ohne

Ausnahme immer hier und bieten damit eine sichere Anlaufstelle“, schildert Pfeiffer. Im Vordergrund stehen der Erfahrungsaustausch und natürlich die handwerkliche Betätigung, aber auch soziale Kontakte und die Steigerung des Selbstwerts nach Vollendung eines Werkstücks sind sehr wichtig.

„Im Jänner 2017 hatten wir unsere offizielle Eröffnung. Unser Projekt ist nicht überlaufen. Wir kümmern uns um jeden Menschen, der sich telefonisch oder persönlich an uns wendet“, erklärt der Projektleiter.

Neben diesem Projekt arbeitet Gerald Pfeiffer mit der Schuldnerberatung auch noch präventiv gegen die Spielsucht. Er geht in Schulen, erzählt von seiner Geschichte und von den Auswirkungen auf sein Leben, die noch lange anhalten werden.

Noch viel Arbeit

Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete der KPÖ im steirischen Landtag, setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass die Geschäftemacherei mit der Spielsucht verboten wird. „Bei den Sportwetten ist die Steiermark zumindest auf dem richtigen Weg, beim Automatenpiel ist der Schutz aber völlig unzureichend. Spielsüchtige können über 30.000 Euro in einer Stunde (!) verspielen. Das Gesetz nützt nur den Automatenbetreibern. Die KPÖ fordert den Ausstieg aus dem ‚kleinen Glücksspiel‘.“

Hey Way – Österreichs neue Mitfahrbörse

E: office@hey-way.com – T: +43 676 59 62 394

Hey Way ist „Österreichs neue Mitfahrbörse“. Die Idee dahinter ist einfach. Die User werden aufgefordert, sich einmalig in der App zu registrieren, danach können sie bereits loslegen. Sollte jemand eine Fahrt von A nach B absolvieren, so kann er sie über die äußerst bedienerfreundliche Hey Way App ausschreiben. Aufgrund der Tatsache, dass „Hey Way“ Menschen verbindet, geldsparend, umweltschonend und gratis ist, stellt es in jeder Hinsicht einen großen Vorteil für Jung und Alt dar.

www.hey-way.com



Werkstatthof für Spielsüchtige

Kärntnerstraße 25/1. Stock
Freitag bis Sonntag und an
Feiertagen: 14-20 Uhr
Projektleiter Gerald Pfeiffer:
0664/800 062 218



Werkstatthof: Therapieeinrichtung für Spielsüchtige

AUS STADT UND LAND

ÖV-Tarife: Steirische Seniorinnen und Senioren zahlen mehr

In der Steiermark müssen SeniorInnen aufgrund einer Regelung des Verkehrsverbundes eine ÖBB-Vorteilskarte (29 Euro) kaufen, um in den Genuss ermäßigter Tarife für öffentliche Verkehrsmittel zu kommen. Die KPÖ setzt sich im Landtag dafür ein, dass die Seniorenermäßigung auch ohne diese Karte gilt.

Auch das Jahresticket ist für steirische Seniorinnen und Senioren besonders teuer. „Innerhalb von Graz wurde das Jahresticket auf Betreiben der KPÖ zwar stark vergünstigt. Doch außerhalb der Landeshauptstadt gibt es keine Ermäßigungen. Für steirische Pensionistinnen und Pensionisten kostet das Jahresticket um ein Vielfaches mehr als in anderen Bundesländern“, kritisiert der KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg.

**Pflegegeld erhöhen!**

Seit der Einführung des Pflegegeldes 1993 ist der Wert dieser Leistung drastisch gesunken. Insgesamt wurde es um 14,5% angehoben, während die Teuerung in diesem Zeitraum 53,7%, also fast viermal so viel, betrug. Die KPÖ setzt sich für eine Erhöhung ein, welche die Teuerung ausgleicht. Eine Mehrheit von SPÖ, ÖVP und auch der FPÖ, die sich früher zu dieser Forderung bekannt hat, lehnt das aber ab.

Tierleid: erste Verbesserungen

Sowohl bei legalen Schlachtungen in Schlachthöfen als auch bei illegalen Schlachtungen wird häufig kein Wert auf tier-

schonende Behandlung gelegt. Ein KPÖ-Antrag, Kontrollen und Strafen bei Tierquälerei deutlich zu erhöhen, wurde vom Landtag einstimmig angenommen. „Einige Verbesserungen wurden seither umgesetzt“, freut sich KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. „Aber es gibt Luft nach oben. Wir bleiben dran“, verspricht sie.

Sozialversicherung: Zusammenlegung im Interesse privater Anbieter

Die schwarzblaue Bundesregierung arbeitet daran, die österreichischen Sozialversicherungen zusammenzulegen. Dadurch soll angeblich eine Milliarde Euro gespart werden – das ist mehr, als die gesamten Verwaltungskosten ausmachen. Die KPÖ warnt davor, dass die Zwangsfusion der Kassen ein Schritt zu einer Privatisierungswelle und Leistungskürzungen ist. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „In Wahrheit geht es um eine Einschränkung der Leistungen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge. Privaten Anbietern wird so der Boden bereitet.“

Totalprivatisierung der Hypo

1995 wurde die Landes-Hypothekbank Steiermark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, das Land Steiermark blieb aber alleiniger Eigentümer. 1998 wurden zuerst 49% der Anteile an die Raiffeisen-Landesbank Steiermark verkauft, 2002 weitere 25 Prozent. Dem Land verblieben 25 Prozent plus eine Aktie. Dieser Restanteil wandert nun um 52 Millionen Euro ebenfalls an Raiffeisen. „Mit dem Verkauf der verbliebenen Anteile an der Hypo-Landesbank an den Raiffeisen-Konzern gibt das Land Steiermark den letzten Rest Kontrolle am Bankensektor auf“, kommentiert KPÖ-LAbg. Werner Murgg den Ausverkauf der steirischen Landesbank.

KOMMENTAR

KPÖ im Landtag**Mehr Kassenstellen statt Mehrklassenmedizin!**

Die Steiermark steuert auf einen gefährlichen Ärztemangel zu. Für 15 von 33 ausgeschriebenen Stellen gibt es keine einzige Bewerbung. Ärztinnen und Ärzte gibt es, aber die Verträge werden als unattraktiv empfunden und für viele ist es kein einfacher Schritt, in eine ländliche Region zu gehen.

Alarmierend ist auch eine andere Zahl: Im Zeitraum von 2010 bis 2017 stiegen die Ausgaben der Krankenkassen für Wahlärzte österreichweit um 48 Prozent. Bei der Wiener GKK liegt der Wert sogar bei 87,3 Prozent. Für die KPÖ ist das ein deutliches Zeichen, dass es viel zu wenige ÄrztInnen mit Kassenvertrag gibt. Die starke Zunahme von Wahlärzten gefährdet auch unser solidarisches Gesundheitssystem.

Ohne Wahlärzte wäre eine flächendeckende Versorgung nicht möglich. Mehr als zwei Drittel der Fachärzte sind Wahlärzte, Tendenz steigend.

Meist sind die Wartezeiten kürzer und für das Gespräch mit den PatientInnen bleibt mehr Zeit. Allerdings kann es sich nicht jeder leisten, das Geld vorzustrecken bzw. einen großen Teil der Behandlungskosten aus eigener Tasche zu tragen.

Statt immer mehr Wahlarztpraxen müssen ausreichend Kassenstellen geschaffen werden. Die derzeitige Entwicklung höhlt das solidarische Gesundheitssystem aus. Wir dürfen nicht zusehen, wie das Gesundheitssystem immer stärker in Richtung Minimalversorgung für die Mehrheit und hohe Qualität nur für Menschen mit dicker Geldbörse umgebaut wird. Wir brauchen mehr Kassenstellen statt Mehrklassenmedizin!

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

ZVP Zentralverband der Pensionisten**SPRECHSTUNDEN**

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80 – Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
– Ausfüllen von Formularen.
– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz

EU-Nationalismus als Gefahr

© Superbass CC BY-SA 4.0

Österreich-Nationalismus: Pfui Teufel! EU-Chauvinismus: Super! Auf diese platten Schlagwort-Gegensätze lässt sich die aktuelle Diskussion zu diesem Thema reduzieren. Dahinter steht der Versuch, die Ablehnung der EU in weiten Teilen der Bevölkerung durch eine fast religiöse Anbetung dieses Gebildes zu überwinden.

In keinem Medium – vom Fernsehen bis zu den Tageszeitungen – kann man in diesen Tagen einer Propaganda entgehen, die vor dem Nationalismus in den Mitgliedsstaaten der EU warnt und die „Rückkehr zum Nationalstaat“ als große Gefahr darstellt. Auch Teile der Linken machen dabei mit.

Was steckt dahinter?

Unbestreitbar ist, dass der auf das „eigene Volk“ bezogene Nationalismus historisch gesehen großes Leid für die Bevölkerung gebracht hat, verantwortlich für viele Kriege war und dazu dient, die Menschen davon abzuhalten, für ihre eigenen Interessen einzutreten. Fortschrittliche Parteien müssen daher stets aufzeigen, dass die Sprüche von Heimat und Vaterland auch dazu dienen, Profitinteressen zu verschleiern.

Wie ist das nun mit der EU? Sie wird in der aktuellen Propaganda als Alternative zum Nationalismus in einigen ihrer Mitgliedsstaaten wie Ungarn, Polen oder Italien dargestellt. In der EU würde dieser Nationalismus durch die „europäischen Werte“ überwunden. Genau diese Behauptung führt uns aber auf die Spur des EU-Nationalismus. Zum Nationalismus gehört nämlich immer das Gefühl, dass man selbst etwas Besseres wäre als die anderen. Die „glühenden Europäer“ – dieser seltsame Begriff ist mittlerweile gang und gäbe geworden – grenzen sich



Europa-Fanatismus birgt die gleichen Gefahren in sich wie jeder andere Nationalismus.

mit dieser Behauptung von den „anderen“ ab, die als minderwertig wahrgenommen werden. Die USA unter Trump? Abzulehnen! Russland? Putins böses Reich! China? Die große Gefahr!

Weltmacht

Genau diese Frontstellungen kennen wir aus der Geschichte. Und wir kennen auch die Folgen dieser Frontstellungen: Handelskriege, Hochrüstung und als letzter Ausweg den Krieg. EU-Europa will sich als imperialistische Weltmacht etablieren und braucht zu diesem Zweck eine große Erzählung: Den Euro-Nationalismus.

Die Bevölkerungen in den Mitgliedsländern machen dabei aber nicht mit. Ihnen sind die Staaten, in denen sie leben, vertraut und sie identifizieren sich mit ihnen. Das hat man zuletzt bei der Fußball-WM ganz deutlich gesehen. Außerdem wissen die Leute: In Österreich kann man die Regierung abwählen. Die Institutionen der EU sind so gebaut, dass die Bevölkerung fast keinen Einfluss nehmen kann.

Wer aus Angst vor dem Aufstieg der Rechtsparteien darauf verzichtet, die EU so scharf zu kritisieren wie das notwendig ist, macht einen großen Fehler: Die Politik der EU ist für Sozialabbau und Rechtsentwicklung verantwortlich. Das darf man nie vergessen. Die EU und »Brüssel« sind identisch mit der Umstrukturierung des europäischen Kapitalismus auf dem Rücken der Lohnabhängigen. Innerhalb der EU sind es die wirtschaftlich stärksten Staaten, allen voran die Bundesrepublik, die den Kurs vorgeben und ihre Interessen gegen die kleineren nationalen Kapitale und gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen.

Gegen Nationalismus uns EU-Chauvinismus

Die steirische KPÖ ist konsequent. Wir treten gegen den Nationalismus von Rechtsparteien wie der FP auf. Wir zeigen aber auch auf, was hinter dem EU-Nationalismus der „glühenden Europäer“ steckt. Wer aus Angst vor der FP auf die notwendige

Kritik an der EU verzichtet, der ist schon in eine Falle gelaufen. Und er kann kein Mittel gegen den Sozialabbau finden. Der von der Arbeiterbewegung erkämpfte Sozialstaat existiert nämlich nicht zufällig nur in Gestalt von Nationalstaaten.

Wir sind aber nicht der linke Flügel des herrschenden EU-Kartells, wir sind eine grundsätzliche Opposition, die Sozialabbau und Nationalismus auf allen Ebenen überwinden will. Wir sagen auch zum EU-Chauvinismus: Pfui Teufel! *Franz Stephan Parteder*



Grazer Traditionsbetriebe

Schuhreparatur Franz Sommerhuber

Seit 25 Jahren betreibt Franz Sommerhuber ein kleines Schuhreparatur-Geschäft am Grazer Riesplatz. Aber die Umsätze sinken und die gesamte Branche befindet sich im Niedergang.

„An einem guten Tag habe ich 10 bis 15 Kunden“, erzählt uns Franz Sommerhuber. Die Reparaturen sind nicht sonderlich teuer, ganz kleine Sachen für Stammkunden kosten hin und wieder gar nichts, es ist also oft „Groscherlgeld“, das er verdient.

Die lang anhaltenden Umbauarbeiten am Riesplatz und die damit verbundene schwierige Parkplatzsituation sind dem Umsatz auch nicht gerade zuträglich.

Die Kunden, die auf gutes Schuhwerk und entsprechende Reparatur und Pflege Wert legen, entstammen vorwiegend der älteren Generation.

Bevor er sich am Riesplatz selbständig gemacht hat, hat Franz Sommerhuber 12 Jahre lang die Leonhardstraßen-Filiale der Firma „Minutenservice“ allein geschaukelt: „Der „Minutenservice“ hatte sein Hauptgeschäft in der Jakoministraße, es gab sechs Filialen – heute gibt’s den „Minutenservice“ gar nicht mehr.“

Als Hauptgrund für die Schwierigkeiten seines Gewerbes macht Franz Sommerhuber die



Wachstums- und Wegwerfgesellschaft aus: „Ich habe unlängst eine Sendung im Fernsehen gesehen, über eine Schuhfabrik in Äthiopien, von Chinesen betrieben, da werden Billigschuhe aus Plastik hergestellt, unter unvorstellbaren Arbeits- und Unterkunftsbedingungen! Bei uns sind die Mülltonnen dann voll mit Plastik-Schuhen, die noch intakt sind – nur die Absätze sind kaputt.“

Die Reparatur von Sohlen, Absätzen und Fersen ist Franz

Sommerhubers tägliches Brot. Zusätzlich bietet er einen Schlüsseldienst an, wie andere Schuhdienste auch, weil die Schuhreparatur allein nicht trägt. In diesem Bereich arbeitet Franz Sommerhuber seit einigen Jahren mit der Schlüssel- und Tresorfirma Sammer zusammen, auf Provisionsbasis.

Somit vereint Sommerhuber in seinem kleinen Geschäft zwei Berufssparten: Die des Schlossers, und die des Schuhmachers: Das Schuhmachergewerbe gehört

interessanterweise zur Sparte der „Gesundheitsberufe“ – wohl auch ein Hinweis dafür, wie wichtig es ist, wie man seine Füße „einkleidet“.

Franz Sommerhuber erzählt uns, dass er seine Jugend in der Weststeiermark mit den Eltern und fünf Geschwistern in relativer Armut als Untermieter auf einem Bauern-

SCHUHREPARATUR Franz Sommerhuber

Riesstraße 16, 8010 Graz
Öffnungszeiten: Montag
bis Freitag, 8.30-12, 15-18 Uhr
Tel. 0316/338 406

hof verbracht hat, „Da ist’s nach der Schule gleich auf den Acker oder in den Wald zum Arbeiten gegangen“. Er erinnert sich auch, dass er als Kind „das ganze Jahr mit einem Paar Gummistiefel durch die Gegend gelaufen“ ist.

Vielleicht ist Franz Sommerhubers Sorgfalt, die er bei seiner Arbeit an den Tag legt, auch auf diese entbehrungsreiche Zeit zurückzuführen.

Allen finanziellen Problemen zum Trotz erweckt er den Eindruck, dass er sein – lebenslang betriebenes – Handwerk liebt: „Meine Frau hat ein gutgehendes Raumausstattungs-Geschäft am Tummelplatz, und weil wir zusammenhalten, geht sich’s aus.“

Er muss bis zur Pension noch vier bis fünf Jahre durchhalten, und dazu wünschen wir ihm alles Gute!



Kommentar

Von Hilde
Tragler,
Arbeiterkam-
merrätin des
GLB-KPÖ



Die angebliche Arbeiterpartei FPÖ

Bei der letzten Nationalratswahl und auch schon davor waren die „Blauen“ die Hoffnungsträger vieler Arbeiter und Arbeiterinnen. Geschickt haben sie es verstanden, so zu tun, als ob sie die bessere Arbeiterpartei wären. Jetzt, nach der Wahl, ist alles anders.

Seien es nun der 12-Stundentag, die Zerstörung der Unfallversicherung, die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung und vieles mehr, auch die freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) haben dazu kaum etwas zu vermelden. Sie machen in der Arbeiterkammer ihrer Bundesregierung die Mauer bei den Verschlechterungen. Der 12-Stunden-Arbeitstag und die 60-Stunden-Woche werden verteidigt, die Zerschlagung der Unfallversicherung hingenommen. Und wenn die FA Anträge in der Kammervollversammlung stellt, dann klammert sie die wahren Probleme der Arbeitswelt aus, um der eigenen, überhaupt nicht sozialen, „Heimatpartei“ in der Bundesregierung nicht weh zu tun.

Denn wie könnte es sonst sein, dass sich die Freiheitlichen Arbeitnehmer in der letzten AK-Vollversammlung zwar darum gekümmert haben, dass der heimische Honig gefördert werden soll, dass Freifahrer im steirischen Verkehrsverbund auch am Smartphone hergezeigt werden können und dass beim Kirchenbeitrag eine Inflationsanpassung erfolgt, aber zu den aktuellen Verschlechterungen keinerlei Initiative gesetzt haben?

12 / 60 STUNDEN Arbeiten bis zum Umfallen

Im Eilverfahren haben ÖVP und FPÖ den 12-Stunden Arbeitstag durch das Parlament gepeitscht. Bisher war ein solcher nur in Ausnahmefällen möglich, ab September werden 12-Stunden-Tage und 60-Stunden-Wochen generell möglich, Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates fallen.

Damit droht nun neben einer schlechteren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und den gesundheitlichen Risiken durch die steigende Arbeitsbelastung auch ein Verlust von Überstundenzuschlägen. Die Arbeiterkammer hat errechnet, um welche Summe es dabei geht. In ihrer niedrig angesetzten Schätzung geht sie davon aus, dass es sich um 1,5 Milliarden Euro handelt, die sich die Unternehmen durch eine Abschaffung der Überstundenzuschläge ersparen könnten und die den Beschäftigten durch die Finger gehen.



Demonstration gegen den 12-Stunden-Tag in Wien: Über Hunderttausend arbeitende Menschen aus ganz Österreich kamen.

Für jene, die über einen All-In-Vertrag (pauschale Überstundenabgeltung) verfügen, bedeutet das neue Gesetz, dass 30 Prozent mehr Überstunden geleistet werden dürfen, sie aber nicht mehr bezahlt bekommen. Auch bei Gleitzeitvereinbarungen wird es in der Praxis zum Entfall von Überstundenzuschlägen kommen.

Schutzbestimmungen

Gänzlich aus den Schutzbestimmungen des Arbeitsrechtes wird die sogenannte dritte Füh-

rungsebene fallen. Dabei geht es keineswegs um hochbezahlte Manager, sondern um Beschäftigte, die beispielsweise zeitweise kleinere Projekte leiten. Hier sollen alle Arbeitszeitgrenzen fallen, Ruhepausen und Mindestruhezeiten nicht mehr gelten sowie alle Überstundenzuschläge wegfallen.

Auch im Tourismus, wo ohnehin schon sehr schlechte Arbeitsbedingungen vorherrschen, soll es eine weitere massive Verschlechterung geben. Die Ruhezeit wird bei geteilten Diensten von elf auf acht Stunden verkürzt. Bis spät in die Nacht hinein arbeiten und frühmorgens wieder zu arbeiten beginnen, ist zukünftig in der Niedriglohnbranche Hotellerie und Gastgewerbe erlaubt.

Neben den negativen Langzeitfolgen wird auch das Risiko von Unfällen massiv ansteigen, denn ab der zehnten Stunde geschehen die meisten Arbeitsunfälle. Und am Ende wird bei einem 12-Stunden-Tag auch der Heimweg noch zur Gefahr.

Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF

GLB-KPÖ

Rufen Sie an!

0677 / 612 538 99

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>



Griechenland: Alles gerettet?

Griechenland hat in diesem Sommer wieder Schlagzeilen gemacht: Auf der einen Seite mit den fürchterlichen Waldbränden, die über 100 Todesopfer gefordert haben, auf der anderen Seite mit dem – vorläufigen – Ende des „Hilfsprogramms“ der EU, das zu einer Knebelung des Landes und zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung geführt hat.



Strahlend weiße Fassaden – doch die Armut der Bevölkerung nimmt zu

Und es stellt sich heraus, dass dieses Diktat der EU auch Auswirkungen auf das Ausmaß der Waldbrände gehabt hat. „Kürzungen im Katastrophenschutz waren Teil des Austeritätspakets: Auf diese Weise erreichte Griechenland geschwächt das Ziel der Europäer“, schreibt die italienische Tageszeitung „Corriere della Sera“. Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung zitiert einen Athener Wirtschaftsfachmann mit der Aussage, „dass die Gehälter der Feuerwehrleute oder der Katastrophenschützer gekürzt worden waren. Damit sollte vermieden werden, dass der öffentliche Haushalt einen immer größeren Anteil am Volkseinkommen einnimmt“.

Das sind besonders dramatische Beweise dafür, dass Griechenland an den Rand des Abgrunds gespart worden ist. Die „Hilfsmilliarden“ der EU haben vor allem die Banken aus den Mitgliedsstaaten der EU unterstützt, die Mitgliedsstaaten, auch Österreich, haben Milliarden an Zinseinnahmen daraus erhalten.

Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne

Das Bruttosozialprodukt und die Bruttolöhne sanken mit Beginn der Hilfszahlungen um fast 25 Prozent und die Arbeitslosigkeit verdreifachte sich. Die Lohnsenkungen wurden durch die Kürzung des Mindestlohns und durch die Zerstörung des griechischen Tarifsystems erzwungen. Die Arbeitslosenrate liegt noch immer bei 20 Prozent. Mehr als ein Drittel aller Beschäftigten im Privatsektor verdient nicht mehr als 700 Euro netto pro Monat.

Die Pensionen wurden gekürzt, Steuern wurden erhöht. Die Ausgaben für den Gesundheitssektor sind von 16,2 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf 8,6 Milliarden Euro im Jahr 2016 gesunken. Die Bildungsausgaben nahmen von 9,8 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf 7,5 Milliarden Euro ab. Die SYRIZA-Regierung hat in den vergangenen drei Jahren über 450 Einzelmaßnahmen aus den Auflagen der EU umgesetzt.

Keine Verbesserungen für die Menschen

Das Ende der EU-Programme bedeutet aber nicht den Anfang von Verbesserungen für die Menschen. Griechenland bekommt ab jetzt von der EU-Zentralbank keine Erleichterungen für neue Kredite mehr – die bisherigen Ausnahmegenehmigungen laufen

nämlich aus. Kein Wunder, dass die meisten Ökonomen davon sprechen, dass Griechenland seine Schulden niemals zurückzahlen wird: „Die griechische Schuldenlast bleibt untragbar, der auf Dauer unvermeidliche Schuldenschnitt ist ein weiteres Mal in die Zukunft verschoben worden. Dies ist der schnell verdrängte inhaltliche Grund dafür, dass sich der Internationale Währungsfonds (IWF) am Griechenland-Programm nicht mehr beteiligen wollte.“ (Werner Mussler, FAZ 22.6. 2018)

Bei einem Großbrand im 19. Jahrhundert behauptete der Wiener Bürgermeister „Alles gerettet“, bevor das riesige Ausmaß der Katastrophe bekannt wurde. Wenn man jetzt von der Rettung Griechenlands spricht, könnte man sich ebenfalls täuschen.

Ideeller Schaden

Neben dem materiellen Schaden gibt es auch einen ideellen: Alexis Tsipras war vor fünf Jahren der Hoffnungsträger für eine positive und soziale Entwicklung. Deshalb wurde er auch von einigen Parteien als Spitzenkandidat für die EU-Parlamentswahl 2014 aufgestellt. Aus dieser Hoffnung ist eine große Enttäuschung geworden – und die Erkenntnis, dass man sich auf keinen Fall auf ein Diktat der EU einlassen darf, wenn man die sozialen Errungenschaften verteidigen will.

BUCHTIPP

Von Leo Kühberger

Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft

Noch eine Marx-Biographie? Noch dazu eine, die auf mehrere Bände angelegt ist und schon für die ersten 23 Lebensjahre des großen Bärtigen 432 Seiten braucht? Ja, auf diese Biographie haben wir gewartet, denn zum einen berücksichtigt Michael Heinrich Quellen, die anderen Biographen nicht zugänglich waren oder von diesen nicht beachtet wurden. Zum anderen gewinnt diese Biographie vor allem dadurch, dass ihr Autor, der nicht nur die bekannteste Einführung in das Marxsche Werk verfasst hat, sondern auch Mitarbeiter der MEGA, der Marx Engels Gesamtausgabe, gewesen ist, und der trotz der Kritik, die es an seiner Lesart des Marxschen Werkes gibt, wohl als einer der profundesten Kenner dieses Werkes gelten muss. Heinrich macht viel mehr, als nur Lebensereignisse aneinander zu reihen und zugleich widersteht er der Versuchung vieler Biographen, sich in den Porträtierten „einfühlen“ zu wollen. Vielmehr beschreibt er mit Akribie, worunter manchmal die Lesbarkeit dann doch etwas leidet, das gesellschaftliche Umfeld, das politische Klima und die philosophischen Debatten, die den jungen Marx in Trier, Bonn und Berlin geprägt haben. Man darf sich auf die nächsten Bände freuen und kann sich gewiss sein, dass man ein Werk in Händen hält, das schon im ersten Band neue Standards gesetzt hat.



Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Bücher wie dieses im Buchhandel und nicht bei Thalia, amazon oder Morawa erworben werden sollten.

Michael Heinrich: Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft: Biographie und Werkentwicklung, Band 1: 1818–1841, Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018, 432 Seiten, 29,80 EUR.

GRAZER
Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Die Stadt am Luftschlossberg

Es gibt eine Stadt, in der fast jede Woche eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird.

Einmal schwebt eine Murgondel über den Köpfen, einmal grundelt eine Tiefgarage durch die Medien, einmal ein internationales Dopingspektakel.

Jetzt sollen auf dem trüben Wasser, das durch die Stadt fließt, schicke Schinakl hin und herfahren. Und weil Venedig eh untergeht, ist das eine Jahrtausend-Chance! Flugs werden befreundete Agenturen beauftragt, Inserate geschaltet und 100 Gondeln bestellt. Wer drei Liter Murwasser trinken und ein bisserl jodeln kann, darf sich Gondoliere nennen. Spezialisten können den Fluss über Nacht energetisch reinigen und dann den braunen Fluten heilende Wirkung bescheinigen. Ein neu gegründeter Gondelchor in fescher Tracht trällert von der Hauptbrücke und die Ordnungswache patrouilliert eifrig am Ufer... Quatsch? Unsinn?

Die städtische Obrigkeit soll sich lieber um konkrete Verbesserungen kümmern? Lebensqualität für die Bewohner verbessern? Mehr Grünraum für alle Generationen schaffen? Keine teuren Prestigeprojekte in den Sand setzen? Sag ich auch. Aber kleine Verbesserungen machen keine Schlagzeilen. Dafür gibt's bestenfalls eine Randnotiz auf Seite 17. Auf die Titelseiten kommst du mit Mega-Projekten und Jahrhundert-Ideen.

Und deshalb ist oben genannter Unsinn leider nicht ganz unwahrscheinlich.



Satire von
Jörg-Martin
Willnauer

STEIRISCHER HERBST IM VOLKSHAUS Avantgarde trifft Proletariat

Das Programm des Steirischen Herbsts trägt den Namen „Volksfronten“. Ekaterina Degot: „Es gibt keine einheitliche Front gegen den Faschismus, aber weltweit Vorkommnisse, die an die 1930er Jahre erinnern“.

Die neue Herbst-Intendantin sieht die Aufgabe der Kunst darin, politisches Geschehen zu kommentieren und zu dokumentieren. „Wenn Kunst sich mit der Gegenwart beschäftigt, so wird sie automatisch politisch“, so Degot. Das Schockieren um des Schocks Willen ist nicht Degots Anliegen.

Diesmal ist der steirische Herbst auch im Grazer Volkshaus zu Gast und verwandelt den Hauptsitz der Grazer KPÖ in ein „anarchistisches Labor einer kommenden Revolution“.

Die Beiträge im Volkshaus werden von der politischen Gegenwart geprägt sein. Der Film von Igor und Ivan Buharov, „Most of the souls that live here“ (2016) sowie die Installation

STEIRISCHER HERBST 2018 – 20.9.-14.10.
Festival-Pässe:

20.9.-14.10.:	29 €
1.10.-14.10.:	21 €
Einzelkarten:	15 €

Steirischer Herbst Besucherzentrum, Volksgartenstraße 4-6, 8020. Tel. +43 316 81 60 70
Ticketzentrum, Kaiser-Josef-Platz 10, 8010 Graz,
oeticket-Vorverkaufsstellen und
online unter www.steirischerherbst.at

„Örök szándékmező hangolás“ – Stimmen des unsterblichen Absichtsfeldes, 2018), laden dazu ein, über die Gesellschaft nachzudenken.

Der Film „Most oft he souls that live here“ erklärt unter anderem, warum die Revolution der Tiere gescheitert ist.

Festivalpass

Neu ist ein Festivalpass, um nur 29 Euro für alle Veranstaltungen.

STEIRISCHER HERBST IM VOLKSHAUS

- 6.10., 18:00-01:00 Lange Nacht der Museen:
Igor & Ivan Buharov
- 14.10., 16:00 Igor & Ivan Buharov im Gespräch
mit Katalin Erdödi
- 21.9., 21:30 PERFORMANCE Volksfronten
Igor & Ivan Buharov, Örök
szándékmező hangolás (2018)

Installation Örök szándékmező hangolás – Stimmen des unsterblichen Absichtsfeldes: von 20.9.2018 – 14.10.2018.

20.-30.09.2018: Sonntag-Donnerstag 14-21 Uhr / Freitag und Samstag 14-22 Uhr

03.-14.10.2018: Sonntag, Mittwoch, Donnerstag 14-21 Uhr / Freitag und Samstag 14-22 Uhr



WIE ENDET DER
KAPITALISMUS?

Mittwoch, 26. September, 18:30 Uhr

KINO: »System Error«

KIZ Royal Kino (C.-v.-Hötzendorf-Straße 10, 8010 Graz)

Die Dokumentation „System Error“ beleuchtet bisher häufig verborgen gebliebene Zusammenhänge des Kapitalismus und legt die selbsterstörerischen Zwänge des Systems offen. Denn der Kapitalismus durchdringt unaufhörlich immer mehr Lebensbereiche, verschlingt die Natur und gräbt sich am Ende selbst das Wasser ab. Die Frage ist: Sind wir tatsächlich bereit für den Kapitalismus alles zu opfern?
KPÖ Bildungsverein, Ermäßigter Eintritt: 5 Euro

1918 KPÖ 2018

**100 Jahre
KPÖ**

Ein kunter-rotes Fest

ATTWENGER
TRIESTINER PARTISANENCHOR
UND VIELES MEHR!

17. NOVEMBER
ab 12:30 Uhr im Volkshaus Graz

KRANKES Gesundheitswesen

„Lieber reich und gesund als arm und krank“, heißt es im Volksmund. Und tatsächlich entwickelt sich unser Gesundheitssystem rasant in Richtung Zwei-Klassen-Medizin.

Hinter gut klingenden Schlagwörtern wie „Eigenverantwortung“ oder „Effizienz“ verbirgt sich beinharte Entsolidarisierung. Das Gesundheitssystem wird immer weiter zurückgefahren und der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen. Pharma- und Spitalskonzerne wittern fette Profite.

Was versteckt sich hinter den angekündigten „Reformen“?

Was können wir tun, um die Entwicklung umzukehren?



DISKUSSION

Dienstag, den 11. September, 18 Uhr
im KPÖ-Bildungsverein, Lagergasse 98a
EINTRITT FREI

Es diskutieren:

Martin Schriegl-Rümmele Gesundheits- und Wirtschaftsjournalist und Herausgeber des ganzheitlichen Gesundheitsmagazins *lebensweise*, Wien

Christoph Pammer, MPH, MA, Sozialarbeiter, Gesundheits- und Sozialwissenschaftler, Graz

Christine Anderwald, DGKS, Mitgründerin der Marienambulanz und Menschenrechtspreisträgerin des Landes Steiermark

Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Klubobfrau im steirischen Landtag, Graz

Dr. med. **Hans-Peter Meister**, Praktischer Arzt in Graz-Lend.

Begrüßung:
 Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer.



Samstag, 8. September 2018, ab 15 Uhr

volks²⁰¹⁸hausfest

Immer wenn die Schulferien zu Ende gehen findet das beliebteste Fest für alle Grazer und Grazerinnen statt: Das **VOLKShausFEST** der KPÖ, das am 8. September ab 15 Uhr in der Lagergasse 98a stattfindet.

Persische, kurdische (vegetarische) Küche, aber auch Grillfleisch an Slavkos Grillstand und bei den „Kinderlandlern“. **Unser Spezialangebot:** Borschtsch und Burek bei Elke Kahr. Neben unserem Standardaufgebot von Getränken aller Art freuen wir uns auf den Rosi- und Lasi-Spritzer (Rosmarin- und Lavendelsirup aus eigener Bodenhaltung).

Es gibt ein **KINDERPROGRAMM** für Jung & Alt.

GLÜCKSHAFEN mit Elke & Claudia

SOCIAL MUSIC. Jazz für die Seele, zum Wohlfühlen und Mitschwingen.

EVE LIKE ROSES steht für „eigene Songs, keine Schublade, direkt unter die Haut und Spaß.“

BINDER & KRIEGLSTEIN. Rainer Binder-Krieglstein zeigt sich in seinen Nummern einmal mehr als ein Künstler, der keinem Experiment abgeneigt ist.

FULL SUPA BAND: Das Repertoire der FSB besteht aus Musik der 50iger und 60iger Jahre – Rock 'n' Roll Klassiker, Evergreens, so mancher vielleicht vergessene Song, vermeintlich abgedroschene Hadern und typische Jukebox Songs.

BAGUETTE: Baguette ist eine Lovestory. Baguette ist eine Rockband.

DOGBOY! um sich dem beat zu ergeben. elektro-pogo vorprogrammiert. mit irrer neuesten errungenschaft werden sie auch im viereck tanzen, der hausmann geht um.

FURTH VAN DER HAAM beackert seit Jahren die Tanzböden von Graz



Wenn das Wetter mitspielt, findet das Musikprogramm ab 15 Uhr im Hof, ab 21:30 Uhr im großen Saal statt, ansonsten vollständig im großen Saal.

Durch das Programm führt
Simon Pichler.

Ab 15 Uhr im Freien

- ☆ Social Music
- ☆ Eve Like Roses
- ☆ Binder & Krieglstein
- ☆ FULL SUPA BAND

Ab 21.30 Uhr im großen Saal

- ☆ Baguette
- ☆ dogboy!
- ☆ On decks: Furth van der Haam (Aficionados / Gegenwart)

Außerdem:

- ☆ Kinderprogramm für Jung & Alt
- ☆ Glückshafen & Tombola mit Elke & Claudia
- ☆ Live-Vertonung von »Metropolis« im dramagraz

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Segelregatta in der Wüste

Graz ist als Austragungsort Olympischer Winterspiele ungefähr so geeignet wie die Wüste Sahara für eine Segelregatta. Da von einer Chance zu sprechen, ist wohl völlig verfehlte Rhetorik.

Wolfgang Hopels

Mit 60 in der 30er-Zone

Die Überwachung der 30iger Zonen ist ein sehr guter Schritt, der Raserei in den Wohngebieten Einhalt zu gebieten. Ich wohne in der Pirchäckerstraße, die leider noch nicht überwacht wird. Das Verkehrsaufkommen ist hier sehr stark geworden, viele Unfälle sind

bereits passiert, ein Schulweg und ein Kindergarten befinden sich in dieser Straße. Die Autos rasen mit 60 km/h und mehr durch die Straße, fahren sogar auf dem Gehsteig und insbesondere Lkw sind auch mit überhöhter Geschwindigkeit unterwegs. Meine Bitte an Sie wäre, auch diese Straße dringend überwachen zu lassen und zwar dringend durch in Zivil gekleidete Organe.

Mag.^a Eva Fauland

Augarten – Beteiligung

Der Augarten hat sich in den letzten Jahren zu einer der buntesten und gemütlichsten Grünflächen der Stadt entwickelt,

die von Jung und Alt vielfältig genutzt wird. Die Benutzer hätten sicher gute Vorschläge für die eine oder andere Verbesserung. Allerdings werden sie nicht gefragt! Den Spielplatz mit der Brücke und eine Reihe von Bäumen einer „Murbucht“ zu opfern, ist wohl kaum der Herzenswunsch der Parkbenutzer! Nach Murkraftwerk und Zentralem Speicherkanal wird jetzt erneut ein massiver Eingriff in den innerstädtischen Grünraum vollzogen. Bürgerbeteiligung wäre angesagt, Herr Bürgermeister Nagl!

Mag.^a Christa Bradler

Augarten – Oase

Der Augarten möge bitte so bleiben wie er ist! Er ist für viele Familien eine Oase. Im Augarten gibt es einen traumhaften Kinderspielplatz mit einer tollen Skaterbahn. Wir genießen das Mit- und Nebeneinander von verschiedenen Kulturen unter

dem Schatten der alten, herrlichen Bäume. Auch ist es möglich, in Ruhe in einem Park zu sein, ohne Konsumation und Musikbeschallung. Lassen Sie den Augarten den Park sein, der er ist. Jeder Zentimeter Grünfläche, der in einer Stadt geopfert wird, ist ein Verlust für unsere zukünftigen Generationen.

Name der Redaktion bekannt.

Augarten – Vergeltung

Die Stadt Graz möchte im Herbst die beiden Hügel im Augarten platt machen. Wissen die Verantwortlichen schon, wo im Winter die Kinder in Zukunft Schlitten und Bob fahren können? Oder ist diese Aktion eine „Vergeltung“ des Bürgermeisters: Wenn er keine Winterolympiade bekommt, dürfen die Kinder nicht mehr zentrumsnah Schnee bedeckte Hügel hinuntersausen?“

Ruth Oberthaler

PETIT DESSERTS



Konditormeisterin Ursula Weber

hat ihre Produktionsstätte in der Grazer Straße 19b/P, 8045 Graz.

Telefon: 0699/1926 5070

Das Angebot reicht von Torten aller Art, Cupcakes, Petit Fours, Pralinen, Macarons etc. bis zu Bestellungen von lactosefreien, glutenfreien und veganen Produkten.



Kleinanzeigen

Zu verkaufen#



Alter Wirtshaustisch mit Rüsterplatte, 137 x 127 cm, um 500 Euro abzugeben. Tel. 069918685052, Eveline Sammer, Obere Weid 49, 8051 Graz.

Arbeit

Verlässlicher, geschickter Handwerker sucht Verdienstmöglichkeit(en), z.B. kleine Reparaturen, Instandhaltungstätigkeiten etc., Tel. 0681 / 20797461

Nicolas M., 28 Jahre, sucht auf diesem Wege Beschäftigung im kaufmännischen Bereich (Büromitarbeit, Schreibtätigkeiten). Teilzeit oder Vollzeit. Tel. 0664/559 3017. E-Mail: nicolas.muskatelz@gmx.at



RED:OUT Stammtisch.
Offener Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat
Di. 4. Sept 2018 - 18:30
Café Contra Punto, Kosakengasse 9
Info: 0650 / 68 77 166
Jede/r ist willkommen!



Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf. **Für Anfänger und Quereinsteiger:** Nach Bedarf, Anmeldung unter Tel. 0699 100 435 28.

Lesung Kultur in Graz

Mario Oppelmayer –

Einladung, mich zu erschießen

September 27, 18:00 Uhr, KiG, im Volkshaus Graz

Weitere Infos: <https://kulturingraz.mur.at/event/>

„Wir gehn an den sozialen Rändern verloren.

In der politischen Mitte schlafen wir ein.

Steigen wir hoch, fehlt uns das Mitleid.

Fallen wir, trifft uns dazu noch ein heimtückisch geworfener Stein.“

(Mario Oppelmayer)

8. GRAZER PROTESTSONGCONTEST

Laut gegen Sozialabbau, Rassismus oder die Regierung der Reichen! Publikum und Jury suchen den besten Protestsong.

Bewerbungen als Band oder Solo-Künstlerin an graz@kjoe.at bis 19. November!



FREITAG, 23. NOVEMBER

20 UHR I VOLKSHAUS GRAZ
Lagergasse 98a, Linie 5, 39, 67; Karlsruher Kirche/Gürtel

KJÖ & KJV



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

**Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz
Tel. 0316 / 68 42 12**

www.landestierschutzverein.at



Sam: Der einjährige Sam ist ein Staffordshire Terrier und bereits kastriert. Er sucht einen Liebhaber seiner Rasse, der ihm alles beibringt, was er bisher versäumt hat. Er muss ausgepowert werden, denn er hat Energie ohne Ende. Mit anderen Hunden versteht er sich sehr gut.



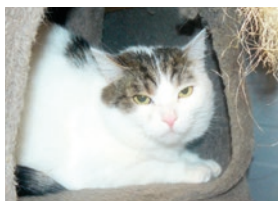
Edi, einjähriger Staffordshire Terrier, der leider bisher fast nur im Zwinger gehalten wurde. Ist wissbegierig, lebhaft und braucht Hundekenner, die am besten die Hundeschule mit ihm besuchen. Freundlicher kastrierter Rüde, der dringende Familienanschluss benötigt.



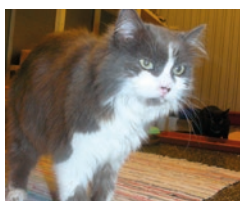
Frodo: Der kleinwüchsige Chihuahua mischlingsrüde Frodo ist erst 5 Monate alt. Er ist anfangs etwas schüchtern, taut aber bei liebevoller Behandlung bald auf. Frodo muss erst das Hunde Einmaleins lernen und freut sich schon sehr auf geduldige Hundefreunde!



Peppi: Der ca. 8-jährige Peppi kam als Findling ins Tierheim und wurde nie vom Besitzer abgeholt. Er ist eher gemütlich, geht aber sehr gerne spazieren und genießt die Aufmerksamkeit. Er ist ein mittelgroßer, sehr freundlicher Rüde.



Farah: Die weiß-gegrigte Katze Farah war ein Findling, der nie vermisst wurde. Sie wird auf ca. 5 Jahre geschätzt und freut sich schon auf ein neues Zuhause mit Freigang. Farah zeigt sich bis jetzt eher ruhig.



Kater Chivas: Der ca. 8-jährige, kastrierte Langhaarkater Chivas ist ein eher ruhiger Kater, der ganz genau weiß, wann er Zuneigung vom Menschen möchte und wann nicht. Daher sollte er besser in ein Zuhause ohne kleine Kinder kommen. Chivas ist ein Wohnungskater.



Grace ist geschätzte 5 Jahre alt und kastriert. Sie kam wegen einer Delogierung ins Tierheim. Die kastrierte Katzendame ist eher ruhig und braucht einige Zeit, um sich wohlfühlen. Sie hätte gerne endlich ein Zuhause für immer.

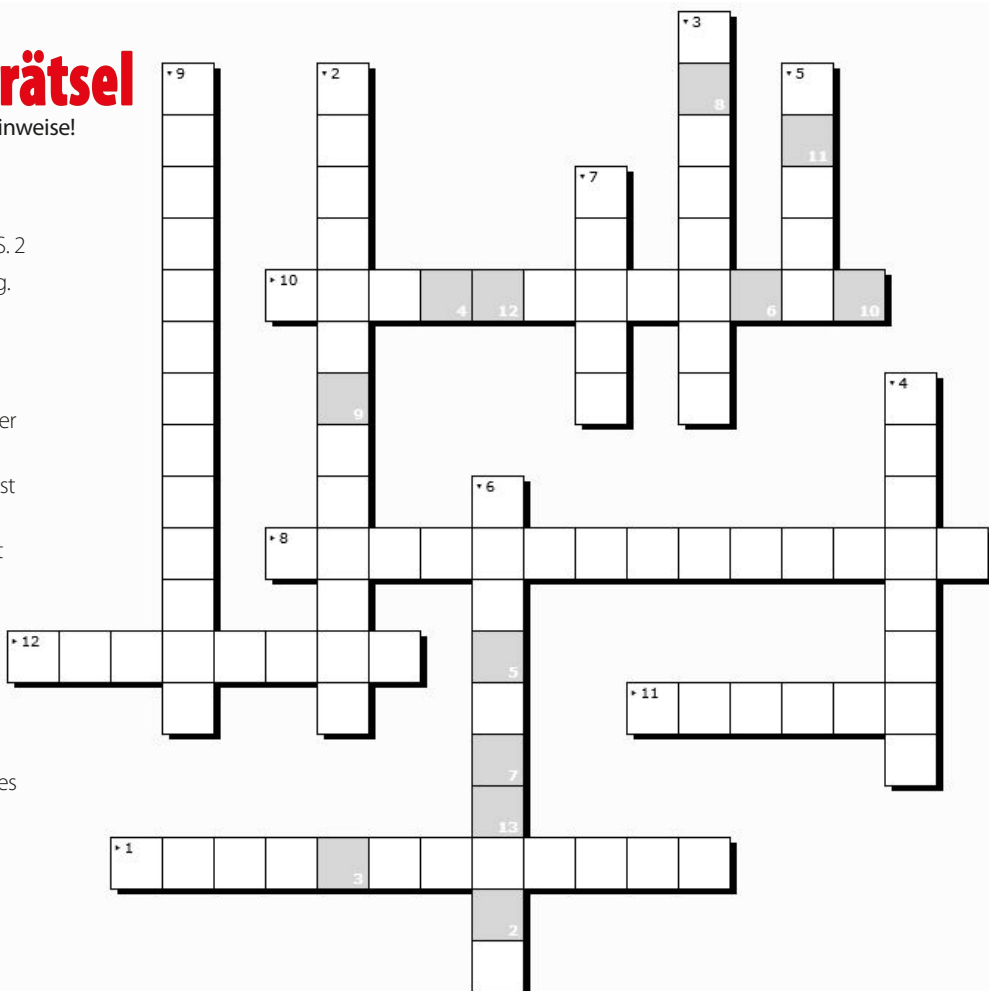


Meerschweinchen: Wegen schlechter Haltung wurden mehr als hundert Meerschweinchen vom Amt abgenommen. Nun warten sie im Tierheim auf die besten Plätze bei Meerschweinchenliebhabern.

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Das Lesen des Grazer Stadtblattes bietet hilfreiche Hinweise!

- SIE soll die Warenauslieferung bündeln. S. 2-3
- ER wurde an Radfahrer in der Schmiedgasse verteilt. S. 2
- ER soll umgestaltet werden – ohne Bürgerbeteiligung. S. 5
- Es gibt 244 von IHNEN in Graz. S. 7
- ES wird in Graz jetzt strenger kontrolliert. S. 8
- HIER kann man am HBF Fahrräder sicher abstellen aber auch ausborgen. S. 9
- SO gehen viele Menschen in die Arbeit. Immer öfter ist Arbeit auch die Ursache dafür. S. 10
- 106 Seiten, 35 Kapitel, mehr als 650 Adressen bündelt unser neuer ... S. 12
- Graz wird zugebaut. SIE müssen erhalten bleiben. S. 13
- ER bietet Spielsüchtigen einen Begegnungsraum. S. 18
- Franz Sommerhuber repariert SIE seit 25 Jahren. S. 21
- Das EU-Hilfspaket ist ausgelaufen. Trotz allem schaut es für SIE und ihr Land noch gar nicht gut aus. S. 23

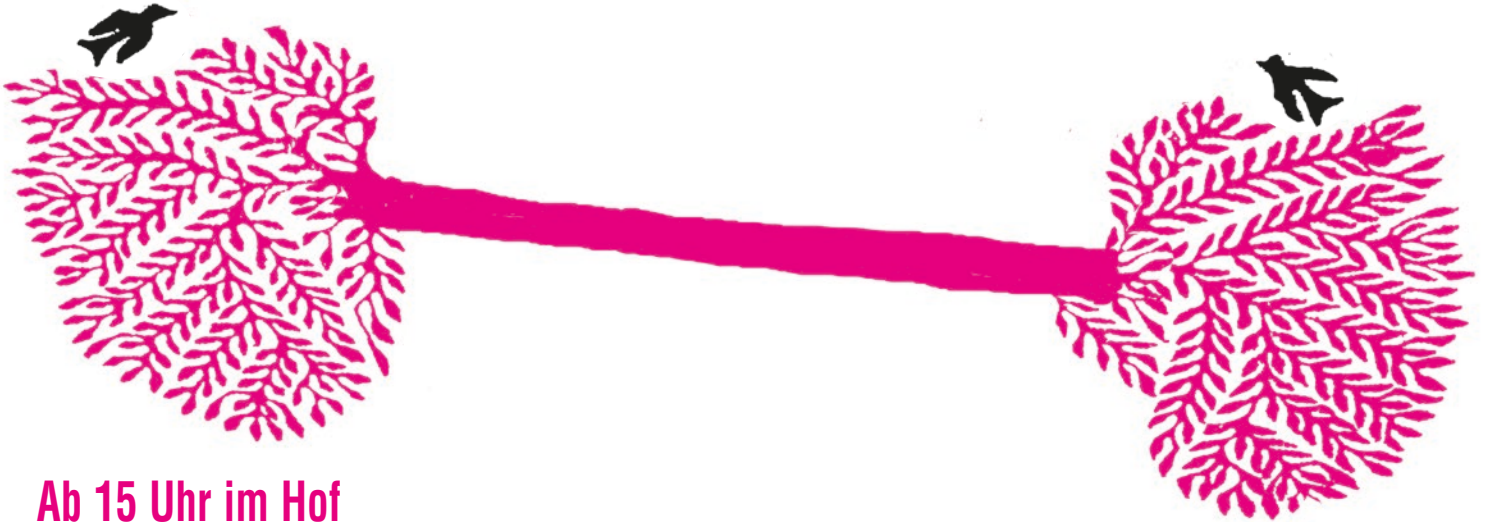


V 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13

Senden Sie die Lösung an: stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a,
8020 Graz. Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.



volks²⁰¹⁸hausfest



Ab 15 Uhr im Hof

Social Music

Eve like Roses

Binder & Krieglstein

Full Supa Band

Ab 21.30 Uhr im großen Saal

Baguette

dogboy!

On decks: Furth van der Haam

(Aficionados / Gegenwart)

Kinderprogramm für Jung & Alt • Glückshafen & Tombola mit Elke & Claudia

Metropolis live Vertonung im dramagraz

Samstag

8.9.

ab 15 Uhr

bei jeder Witterung

Eintritt frei!